



Innenausschuss

12. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

2. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:35 Uhr bis 15:51 Uhr

Vorsitz: Angela Erwin (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

8

Der Ausschuss folgt dem Wunsch der FDP-Fraktion, die Tagesordnungspunkte 1 und 3 nicht heute, sondern in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden kommt der Ausschuss außerdem entgegen der ursprünglichen Tagesordnung überein, die Tagesordnungspunkte 10, 11 und 21 aufgrund der inhaltlichen Überschneidungen in Verbindung miteinander zu beraten.

- 1 Keine Löschflugzeuge in NRW? – Ausdruck einer unzureichenden Katastrophenschutz-Aircraft-Infrastruktur in NRW mit der Folge mangelnder gemeinschaftsfreundlicher europäischer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wald- und Vegetationsbrandbekämpfung**

9

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/981

Schriftliche Anhörung

¹ vertraulicher Teil mit TOP 8, 9 und 14 siehe vAPr 18/24

Innenausschuss

02.03.2023

12. Sitzung (öffentlicher Teil)

bar

des Innenausschusses
Stellungnahme 18/199
Stellungnahme 18/279
Stellungnahme 18/283
Stellungnahme 18/311
Stellungnahme 18/315

– wird nicht behandelt

2 Respekt für unser Gesundheitspersonal sicherstellen! **10**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/970

Ausschussprotokoll 18/123 (Anhörung am 18.01.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion, kein Votum zum Antrag abzugeben.

3 "Heißer Herbst": Hilfe gegen Hass und Hetze **11**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1666

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Heimat und Kommunales
Stellungnahme 18/153
Stellungnahme 18/169
Stellungnahme 18/172
Stellungnahme 18/202
Stellungnahme 18/204
Stellungnahme 18/208
Stellungnahme 18/210

– wird nicht behandelt

4 Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen 12

Vorlage 18/842

Drucksache 18/3070 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

– keine Wortbeiträge

Die Anhörung des Innenausschusses ist erfolgt.

5 NRW vor der Wahl in der Türkei: Hass und Hetze umgehend einen Riegel vorschieben! (Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 1]) 13

In Verbindung mit:

Hetze durch Erdogan-Anhänger in NRW im Zusammenhang mit dem türkischen Wahlkampf (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/810

– Wortbeiträge

6 Neue Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Terrorverdacht in Castrop-Rauxel (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]) 15

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/815

– Wortbeiträge

7 Ausschreitungen in nordrhein-westfälischen Städten in der Silvesternacht 2022/2023 (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]) 16

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/825

– Wortbeiträge

8 Amokalarm an einer Schule in Gelsenkirchen (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **18**

Bericht
der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 18/55

– keine Wortbeiträge

Es wird vereinbart, den Tagesordnungspunkt in einem vertraulichen Sitzungsteil zu beraten.

9 Verdacht auf jahrelange Freiheitsberaubung eines achtjährigen Mädchens in Attendorn (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **19**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/821 (Neudruck)
Vertrauliche Vorlage 18/56

– keine Wortbeiträge

Es wird vereinbart, den Tagesordnungspunkt in einem vertraulichen Sitzungsteil zu beraten.

10 Sprunghafter Anstieg der Drogenkriminalität in Nordrhein-Westfalen (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **20**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/918

In Verbindung mit:

11 Anstieg von Straftaten die in Nordrhein-Westfalen durch Kinder begangen wurden (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/911

In Verbindung mit:

21 Verschlechterung der Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen – deutlicher Anstieg der Fallzahlen in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2022 (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 12 Evaluierung des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **37**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/899

– Wortbeiträge

- 13 Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelungen zum Einsatz einer Datenanalyse-Software in den Polizeigesetzen von Hessen und Hamburg** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/897

– Wortbeiträge

- 14 Aktueller Sachstand im Zusammenhang mit dem Tod eines 16-jährigen Jugendlichen bei einem Polizeieinsatz in Dortmund am 08.08.2022** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **40**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/828
Vorlage 18/734
Vorlage 18/916

– keine Wortbeiträge

Es wird vereinbart, den Tagesordnungspunkt in einem vertraulichen Sitzungsteil zu beraten.

- 15 Hackerangriffe auf Hochschulen in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **41**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/921

– Wortbeiträge

- 16 Neubesetzung der vakanten Stellen für die Leitung der Polizeipräsidien in Oberhausen und in Gelsenkirchen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **42**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/902
- Wortbeiträge
- 17 Schließung von Polizeiwachen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **43**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/919
- Wortbeiträge
- 18 Bombendrohungen gegen ein Einkaufszentrum in Remscheid** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*) **45**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/901
- keine Wortbeiträge
- 19 Geplante Änderung des Bundesdisziplinalgesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften** (*Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 5]*) **46**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/900
- Wortbeiträge
- 20 Gewalttätige Eskalationen von Fußballhooligans vor dem Revierderby FC Schalke 04 gegen Borussia Dortmund am 11.03.2023** (*Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 5]*) **47**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/898
- Wortbeiträge

22 Täter festgenommen nach Geldautomatensprengung (*Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6]*) **48**

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Angela Erwin dankt dem Abgeordneten Ibrahim Yetim von der SPD-Fraktion für die gute Zusammenarbeit im Innenausschuss in dieser Legislaturperiode. Herr Yetim nehme heute zum letzten Mal an einer Sitzung des Innenausschusses teil. Im Namen des Ausschusses wünsche sie Herrn Yetim für seine neue berufliche Herausforderung viel Erfolg und für seine persönliche Zukunft alles Gute.

Der Ausschuss folgt dem Wunsch der FDP-Fraktion, die Tagesordnungspunkte 1 und 3 nicht heute, sondern in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden kommt der Ausschuss außerdem entgegen der ursprünglichen Tagesordnung überein, die Tagesordnungspunkte 10, 11 und 21 aufgrund der inhaltlichen Überschneidungen in Verbindung miteinander zu beraten.

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

1 Keine Löschflugzeuge in NRW? – Ausdruck einer unzureichenden Katastrophenschutz-Aircraft-Infrastruktur in NRW mit der Folge mangelnder gemeinschaftsfreundlicher europäischer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wald- und Vegetationsbrandbekämpfung

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/981

Schriftliche Anhörung
des Innenausschusses
Stellungnahme 18/199
Stellungnahme 18/279
Stellungnahme 18/283
Stellungnahme 18/311
Stellungnahme 18/315

2 **Respekt für unser Gesundheitspersonal sicherstellen!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/970

Ausschussprotokoll 18/123 (Anhörung am 18.01.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Innenausschuss am 28.09.2022)

Dr. Christos Katzidis (CDU) plädiert dafür, seitens des Innenausschusses kein Votum zum Antrag abzugeben.

Christina Kampmann (SPD) spricht sich für eine Abstimmung in der heutigen Sitzung aus.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion, kein Votum zum Antrag abzugeben.

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

3 "Heißer Herbst": Hilfe gegen Hass und Hetze

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 18/1666

Schriftliche Anhörung

des Ausschusses für Heimat und Kommunales

Stellungnahme 18/153

Stellungnahme 18/169

Stellungnahme 18/172

Stellungnahme 18/202

Stellungnahme 18/204

Stellungnahme 18/208

Stellungnahme 18/210

4 Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage 18/842

Drucksache 18/3070 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

Die Anhörung des Innenausschusses ist erfolgt.

5 **NRW vor der Wahl in der Türkei: Hass und Hetze umgehend einen Riegel vorschieben!** *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 1])*

In Verbindung mit:

Hetze durch Erdogan-Anhänger in NRW im Zusammenhang mit dem türkischen Wahlkampf *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/810

Vorsitzende Angela Erwin erinnert daran, dass dieser Tagesordnungspunkt in der letzten Sitzung auf diese Sitzung verschoben worden sei.

Christina Kampmann (SPD) bedankt sich für den Bericht und führt aus, die Wahl in der Türkei rücke immer näher und damit nach Wahrnehmung ihrer Fraktion auch die Angst auch vieler türkischer Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Nordrhein-Westfalen, dass zunehmend politische Konflikte aus der Türkei nach Nordrhein-Westfalen getragen würden. Sie erinnere an das, was in Neuss passiert sei.

Ihre Fraktion habe die Frage, wie die Landesregierung diesen Sorgen vieler türkischer Mitbürgerinnen und Mitbürger begegnen wolle. Denn es sei ja damit zu rechnen, dass je näher die Wahl rücke, häufiger solche Veranstaltungen stattfänden. Das hätten auch vergangene Wahlkämpfe gezeigt.

Beispielsweise in Bayern sei ein Leitfadensystem für Kommunen und private Anbieter erarbeitet worden, wie mit Anmietungen durch Rechtsextreme umzugehen sei. Ihre Frage laute, ob so etwas auch schon einmal für Nordrhein-Westfalen erarbeitet worden sei oder bekannt sei. Denn ihres Erachtens könnte das eine gute Hilfestellung und Orientierung bei den wahrnehmbaren Unsicherheiten bieten.

Markus Wagner (AfD) ist der Ansicht, wenn über dieses Thema gesprochen werde, müsse auch der türkische Rechtsextremismus in Deutschland mit thematisiert werden.

Die Zahlen seien ja relativ eindeutig. Die Grauen Wölfe oder Ülkücü lägen bei etwa 7.000 Mitgliedern, ATİB bei 1.200 und ANF ebenfalls bei 1.200.

Er zitiere aus der Frankfurter Rundschau zu einer Aussage des Präsidenten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland Ali Ertan Toprak:

„In Deutschland verstehe man unter Nationalismus anscheinend nur den deutschen Nationalismus und Rechtsextremismus. ‚Wie könnte man sonst die absurde Situation erklären, dass die mitgliederstärkste rechtsextremistische Gruppe Deutschlands zwar die Grauen Wölfe – eine türkisch-rechtsextremistische Gruppe – sind, aber die sich dennoch seit Jahrzehnten gesellschaftlich fast unbehelligt überall in Deutschland ausbreiten konnten‘, sagt Toprak. [...] ‚Ich kenne keinen Staat, der seine Gegner so unterstützt wie Deutschland‘, [...], Türkisch rechts gilt bei den Parteien von CDU über

SPD und FDP bis zu den Grünen zu oft als minderschwere Fall von rechts', so Toprak."

Daran schlieÙe sich natürlich die Frage an, wie man diesen Bestrebungen entgegen-treten wolle, nachdem man jahrelang nichts in dieser Richtung getan habe. Denn wenn man solche Dinge, die hier angesprochen würden, tatsächlich in Zukunft verhindern wolle, müsse man seiner Meinung nach dort auch einhaken.

İlayda Bostancıeri (GRÜNE) stellt fest, im Bericht werde ja nur davon gesprochen, dass eine Verschärfung oder Häufung von Sachverhalten im Zusammenhang mit türkischen (Rechts-)Nationalisten im polizeilichen Informationsaufkommen nicht feststellbar sei, und fragt, ob die Polizei weitere Fälle von Hass- und Hetzreden anderer türkischer Politiker*innen erfasst habe.

Dazu müsse er sicher nicht viel sagen, so **Minister Herbert Reul (IM)**, da der Vorgang lange zurückliege. Dennoch sei das sehr ernst zu nehmen und bedrohlich, weswegen das im Auge behalten werden müsse. Deswegen habe man damals schon alle Polizeibehörden sensibilisiert. Der Verfassungsschutz sei auch unterwegs an den Stellen, an denen er Möglichkeiten habe, zu informieren und vorzubereiten. Handreichungen schriftlicher Art gebe es nicht, sondern man gehe davon aus, dass das auf örtlicher Ebene realisiert werde.

6 Neue Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Terrorverdacht in Castrop-Rauxel *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/815

Vorsitzende Angela Erwin gibt den Hinweis, dass dieser Tagesordnungspunkt in der letzten Sitzung auf diese Sitzung verschoben worden sei.

Christina Kampmann (SPD) fragt nach dem aktuellen Stand der Ermittlungen.

Die Generalstaatsanwaltschaft habe Beschwerde gegen die Haftentlassung eingelegt, weil sie den 32-Jährigen weiterhin für tatverdächtig halte. Sie interessieren die Gründe dafür.

Außerdem wolle sie gerne wissen, ob es inzwischen neue Erkenntnisse gebe, was den Tatvorwurf selber angehe, und ob neue Beweismittel gefunden worden seien.

Markus Wagner (AfD) interessiert, ob neue Erkenntnisse dazu vorlägen, ob es Verknüpfungen zu iranischen Regierungs- oder Geheimdienststellen gebe. Das sei ja zu Beginn des ganzen Vorgangs auch presseöffentlich verbreitet worden, aber mittlerweile höre man relativ wenig davon.

Vorsitzende Angela Erwin bittet darum, darauf zu achten, Themen anzusprechen, die in die Zuständigkeit des Innenausschusses fielen.

Zu der Frage von Herrn Wagner, so **Minister Herbert Reul (IM)**, könne er sagen, dass an diesen Fragen generell weiter gearbeitet werde, ohne eine Aussage dazu zu treffen, ob oder ob nicht, weil das ja Ermittlungstatbestände seien.

Zu den anderen Fragen könne er nichts erklären, weil es sich um Fragen handele, die im Rechtsausschuss geklärt werden müssten.

7 **Ausschreitungen in nordrhein-westfälischen Städten in der Silvesternacht 2022/2023** (Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/825

Vorsitzende Angela Erwin gibt den Hinweis, dass dieser Tagesordnungspunkt in der letzten Sitzung auf diese Sitzung verschoben worden sei.

Christina Kampmann (SPD) legt dar, dem Bericht habe entnommen werden können, dass 30 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden seien, die sich insgesamt gegen 47 Beschuldigte richteten, und dass im Ergebnis 76 Strafanzeigen vorlägen. Das bedeute aber auch, dass gegen eine Vielzahl von Verdächtigen offensichtlich noch nicht habe ermittelt werden können. Sie habe die Frage, wie groß die Chancen seien, dass das noch klappe. Denn es habe ja viel mediale Berichterstattung verbunden mit dem Wunsch gegeben, dass dieses Mal diejenigen, die die Gewaltexzesse verübt hätten, zur Rechenschaft gezogen würden. Deshalb erscheine es ihr wichtig, dass da etwas passiere.

Sie bitte außerdem um Auskunft, wie viele Verurteilungen es in den vergangenen Jahren gegeben habe, denn den Berichten seien für die vergangenen Jahre sehr ähnliche Zahlen zu entnehmen.

Als Reaktion auf die Ereignisse in der Silvesternacht habe Herr Reul richtigerweise gesagt, dass die Strafe auf dem Fuße folgen müsse. Sie wolle gerne wissen, was die Landesregierung inzwischen initiiert habe, um eine zügige Strafverfolgung umzusetzen.

Presseöffentlich, so **Markus Wagner (AfD)**, sei von 233 Tatverdächtigen die Rede gewesen. Er habe die Frage, ob diese Zahl weiterhin aktuell sei.

Ihn interessiere darüber hinaus die Unterteilung der Straftäter nach Nationalität, Alter und Geschlecht. Diese Information könne gerne auch nachgereicht werden, wenn sie gerade nicht vorliege.

Er gehe davon aus, dass Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag zum Lagebild des Bundes zur Silvesterkriminalität mittlerweile geleistet habe. Die Bundesinnenministerin habe ja zwischenzeitlich mal kritisiert, dass der Beitrag von Nordrhein-Westfalen noch ausstehe. Nach seiner Erinnerung sei das aber bereits erledigt. Er wolle gerne wissen, ob dieses Lagebild, das Nordrhein-Westfalen an den Bund geschickt habe, auch dem Innenausschuss zugänglich gemacht werde.

Minister Herbert Reul (IM) geht auf die Fragen ein: Zum Lagebild habe NRW dem Bund zugeliefert.

In Strafrechtsfragen habe der Innenminister keine Zuständigkeiten. Er habe allerdings eine Meinung dazu; die habe er bereits geäußert.

Von den 76 Strafanzeigen bezögen sich 29 auf Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten. Zu diesen 29 Strafanzeigen seien aktuell 42 überwiegend männliche Tatverdächtige im Alter zwischen 13 und 55 Jahren bekannt geworden.

Die entsprechenden Verfahren seien eingeleitet. Wie das weitergehe, könne er nicht sagen. Das entschieden Staatsanwaltschaften und Gerichte.

Es zeige sich aber, dass die Lage in Nordrhein-Westfalen weniger dramatisch gewesen sei als in Berlin.

Zum Geschlecht der Tatverdächtigen, ergänzt **LKD Peter Mosch (IM)**, sei derzeit bekannt: 39 seien männlich und fünf weiblich.

Er schlage vor, die Details zur Altersstruktur, die über den Bericht hinausgingen, schriftlich nachzuliefern.

22 Personen hätten die deutsche Staatsangehörigkeit. Weitere Personen hätten eine doppelte Staatsangehörigkeit wie deutsch-irakisch, deutsch-jordanisch usw. Weitere Nationalitäten seien rumänisch, somalisch, serbisch, spanisch, syrisch und türkisch.

Christina Kampmann (SPD) fragt nach, ob sie das richtig verstehe, dass Herr Reul zwar nach Silvester gesagt habe, dass die Strafe auf dem Fuße folgen müsse, aber die Landesregierung nichts tue, um dieses Ziel zu erreichen. Denn wenn man ein ehrliches Interesse daran habe, dass diejenigen, die die Gewaltexzesse verursacht hätten, am Ende auch zur Rechenschaft gezogen würden, helfe es ihres Erachtens nicht weiter, in Zuständigkeiten zu denken und zwar eine Meinung zu äußern, aber nicht zu handeln. Sie wolle gerne wissen, ob Herr Reul mit dem Justizminister darüber gesprochen habe.

Minister Herbert Reul (IM) antwortet, er rede ständig mit dem Justizminister auch über diese Frage, und der nehme das gerne auf.

Frau Kampmann habe ja selbst mal einer Landesregierung angehört. Also wisse sie doch, dass die Beschleunigung von Verfahren im Justizbereich nicht ganz einfach sei. Das hänge mit dem Personal, der Organisation und rechtlichen Vorschriften zusammen, die in einem Rechtsstaat beachtet werden müssten.

Markus Wagner (AfD) erinnert an seine Frage, ob der nordrhein-westfälische Beitrag zum Lagebild Silvester des Bundes auch den Mitgliedern des Innenausschusses zur Verfügung gestellt werde, um dem nötige Informationen entnehmen zu können.

Minister Herbert Reul (IM) sagt die Zusendung zu unter der Voraussetzung, dass rechtlich nichts dagegen spreche, was zunächst geprüft werde.

8 Amokalarm an einer Schule in Gelsenkirchen (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 18/55

Es wird vereinbart, den Tagesordnungspunkt in einem vertraulichen Sitzungsteil zu beraten.

9 Verdacht auf jahrelange Freiheitsberaubung eines achtjährigen Mädchens in Attendorn (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/821 (Neudruck)
Vertrauliche Vorlage 18/56

Es wird vereinbart, den Tagesordnungspunkt in einem vertraulichen Sitzungsteil zu beraten.

10 Sprunghafter Anstieg der Drogenkriminalität in Nordrhein-Westfalen (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/918

In Verbindung mit:

11 Anstieg von Straftaten die in Nordrhein-Westfalen durch Kinder begangen wurden (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/911

In Verbindung mit:

21 Verschlechterung der Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen – deutlicher Anstieg der Fallzahlen in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik 2022 (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4]*)

Minister Herbert Reul (IM) berichtet:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Diese Steigerungszahlen beunruhigen in jedem Fall. Die muss man sich genau anschauen. Auch wenn diese Zahlen im Vergleich der letzten 20 Jahre immer noch zum oberen Viertel gehören und auch wenn es dafür zahlreiche Erklärungsansätze geben mag, hätte ich mir selbstverständlich andere Zahlen gewünscht. Aber hier ist kein Wunschkonzert angesagt. Kriminalität ist ein komplexer Vorgang, wie wir alle wissen. Das ist keine Wunsch-dir-was-Veranstaltung, sondern eine, bei der man sich die Zahlen gründlich anschauen muss.

Deswegen hat mich, als wir die Zahlen bekommen haben und vorgestellt haben, insbesondere die Frage nach dem Warum beschäftigt. Auch da muss man gründlich hingucken und darf nicht in Aktionismus verfallen. Das gilt für die Polizei, aber das gilt auch für die Politik.

Wenn wir diese Diskussion ehrlich führen wollen und das umfassend interpretieren wollen, dann ist das eben nicht nur eine Angelegenheit der Strafverfolgungsbehörden. Wir haben uns deshalb schon Gedanken gemacht und haben die Aufgaben auch für uns identifiziert. Die Zusammenhänge von Kriminalitätsentwicklungen sind komplex, und ich will das noch mal wiederholen.

Wir haben – wohlgemerkt im ersten Aufschlag, was ganz wichtig ist, und ohne den Anspruch auf Vollständigkeit – fünf Komplexe ausgemacht, die Antworten liefern können.

Erstens. Die Steigerungszahlen haben vermutlich etwas mit der Rückkehr zur Normalität zu tun. Viele der bundesweit angeordneten Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie endeten bereits im Frühjahr 2022, und das Leben ist auf Straßen

und Plätze zurückgekehrt. Es gab Konzerte, Fußballspiele, Märkte. Das ist großartig, aber es schafft auch Tatgelegenheiten für Kriminalität. Übrigens war uns das klar. Ich habe das bei den Kriminalitätsstatistiken 2020 und 2021 auch schon angemerkt, dass wir mit diesem Effekt rechnen müssen. Das ist nicht überraschend.

Zweitens. Es gibt einen Pendeleffekt, das heißt, nach der Zeit des Lockdowns, der geschlossenen Schulen, der fehlenden Sport- und Freizeitangebote kommt man nicht nur zurück zur Normalisierung von Zahlen, sondern man kann im Vergleich zum Vorcoronajahr – das ist ja das Interessante – auch einen Anstieg feststellen. Nach dem coronabedingten Einbruch von Zahlen pendelt die Bewegung jetzt ins Gegenteil und sorgt für Steigerungen im Vergleich zu den Vorcoronazahlen. Das, was offensichtlich in diesen Pandemie Jahren im öffentlichen Leben nicht möglich war, wird offenbar 2022 nachgeholt. Das ist eine Art Überkompensation – wilder, auch ausführlicher, nicht in allen Delikten übrigens, aber in einigen Bereichen.

Drittens. Wir sind im Dauerkrise nmodus. Das war die Pandemie, das war der Krieg und all die Folgen, Energiekrise, Inflation. Das macht etwas mit Menschen, das verunsichert, das stresst. Dazu kommen – das ist wahrscheinlich der praktische Punkt – auch finanzielle Sorgen und Nöte. Das kann Kriminalität begünstigen und kann dazu führen, dass Menschen auf die schiefe Bahn kommen.

Viertens. Auch unsere Kinder scheinen sich verändert zu haben. Die Coronapandemie hat Spuren hinterlassen. Darauf haben ja während dieser Zeit und während unserer Maßnahmen auch einige Damen und Herren aus der Wissenschaft hingewiesen. Es ist etwas anderes, wenn Kinder unterwegs sind, in der Schule, auf dem Spielplatz, im Sportverein, mit Freunden als wenn sie zu Hause am Handy oder im Internet hängen können. Das war eine Zeit, die auch eine Wirkung für die Persönlichkeitsentwicklung hinterlässt. Das Ausprobieren ist auf der Strecke geblieben. Viel ist verloren gegangen: Miteinander, Empathie, Rücksichtnahme, auch Krisenbewältigung mit anderen. Mancher wurde vielleicht egoistischer, gefrusteter. Die einen haben sich dadurch vielleicht zurückgezogen, andere sind eher verroht und leben ihre Aggressionen aus.

Fünftens. Es wird heute offensichtlich intensiver angezeigt. Es gibt Anzeigen für Dinge, die früher vielleicht nicht der Rede wert waren. Man kann darüber hinaus jetzt online anzeigen. Das ist einfacher und geht schneller. Das ist gewollt und war auch so gemeint. Wir haben über 248.000 Anzeigen online erhalten. Fast jeder dritte Fall ist auf eine Onlineanzeige zurückzuführen. Das zeigt übrigens, dass es gut ist, so eine Technologie zu nutzen.

Wenn uns die Zahlen verdeutlichen, dass da Baustellen sind, dann muss man diese Baustellen frühzeitig angehen, bevor aus solchen Baustellen Großbaustellen werden. Deswegen muss man die genauso anpacken wie die alten Baustellen. Das tun wir. Da muss man zuerst fragen: Was ist das Problem? – Man darf nicht versuchen, das wegzureden oder weichzuspülen. Die Erklärungsansätze von heute sind garantiert nicht das Ende der Debatte, sondern das ist einfach der Anfang einer Interpretation.

Ich will jetzt nicht alle Zahlen durchgehen. Die sind ja alle öffentlich zugänglich. Ich will nur ein paar Punkte nennen, die nach meiner Auffassung interessant sind.

Ich fange mal mit einem positiven Punkt an: stabile Aufklärungsleistung. Das war in den letzten Jahren immer ein Problem, wie wir die Aufklärungsquote höher treiben können. Wir haben sie jetzt stabil bei 50 %. Das ist besser als früher, aber – auch das ist klar – nicht gut genug. Dass wir die Zahl bei immer mehr Anzeigen halten konnten, ist nicht selbstverständlich. Das ist ein Schritt, zumal da häufiger auch weniger schwerwiegende Delikte, zum Beispiel Diebstahl – das ist über ein Drittel aller Fälle in der Statistik –, angezeigt werden, bei denen die Aufklärung besonders schwierig ist und die Quote zugegebenermaßen traditionell niedrig ist. Wenn wir trotzdem so eine stabile Quote haben, zeigt das, dass dieser Weg richtig ist, aber dass wir nicht am Ziel sind und dranbleiben müssen.

Wir haben in einigen Deliktbereichen deutliche Anstiege. Sie haben auch konkret nach Drogenkriminalität gefragt. Dazu wird im schriftlichen Bericht ausgeführt. Da kann ich mich jetzt kurz fassen. Nordrhein-Westfalen liegt nun mal an der Grenze zu den Niederlanden. Im Rahmen der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität ist bekannt, dass erhebliche Mengen Rauschgift durch Kuriere nach NRW und durch NRW gefahren werden. Da stehen sich sozusagen Angebot und Nachfrage gegenüber. Hier müssen wir noch konsequenter dafür sorgen, den Nachschub zu stoppen – das ist die Hauptfrage –, damit das Angebot an Rauschgift auf nordrhein-westfälischen Straßen und Plätzen spürbar abnimmt.

Aber gerade Drogenkriminalität ist nicht nur ein polizeiliches Problem. Darauf haben wir in dem schriftlichen Bericht hingewiesen. Da steckt auch viel Sozial- und Gesundheitspolitik drin. Dass zum Beispiel Methadonprogramme während Corona nicht wie gewohnt stattfinden konnten, dass Drogenkonsumräume geschlossen blieben, dass Streetwork ausgefallen ist, hat etwas mit den Zahlen zu tun.

Sie haben außerdem konkret nach Körperverletzungen gefragt. Das sind 142.000 registrierte Fälle. Das ist ein Viertel mehr als im Vorjahr. 70 % davon sind einfache Körperverletzungen.

Auch die häusliche Gewalt hat zugenommen: 34.000 Fälle. Darunter fallen strafbare Delikte, zum Beispiel Körperverletzung, Sexualdelikte oder Bedrohungen. Das ist nicht abschließend. Es kann sich auch um Mord und Totschlag handeln.

Bei der häuslichen Gewalt sehen wir im Übrigen nicht den typischen Pendeleffekt nach Corona, also nicht eine Gegenbewegung nach vorheriger Senkung der Zahlen, sondern einen stetigen Anstieg. Das ist eine Entwicklung, die wir unabhängig von Corona seit sechs Jahren sehen.

Der Grund ist: Diese Form der Kriminalität wird vor allen Dingen dann in Zahlen sichtbar, wenn die Menschen Anzeige erstatten. Bei dieser Kriminalität gibt es ein großes Dunkelfeld. Die Kriminalstatistik ist nicht nur eine Abbildung der Kriminalität im Land, sondern kann auch immer ein Seismograf für die Anzeigebereitschaft sein, vielleicht sogar für die Sensibilität in der Bevölkerung. Das wäre in dem Fall ja auch gut. Die Menschen zeigen mehr an. Das Thema wird stärker besprochen, wird stärker bemerkt. Also schlägt das auch durch. Das ist bei der häuslichen Gewalt offenkundig

und ist auch gut so. Denn das ist ja klassischerweise ein Bereich, der im Privaten stattfindet und daher nicht immer polizeilich bekannt wird. Das hat garantiert mit der öffentlichen Debatte und – ich sage es mal ein bisschen vorsichtig formuliert – Enttabuisierung dieser Debatte zu tun. Genauso sagen uns die Zahlen aber auch, dass da viel Gewalt hinter verschlossenen Türen stattfindet. Das zeigt sich an dem deutlichen Plus bei den Körperverletzungen im Bereich der häuslichen Gewalt. Das sagt uns, dass auch zu Hause wieder mehr Gewalt eingezogen ist.

Es gibt auch mehr Kinder als Tatverdächtige, eine Entwicklung, die mich besonders nachdenklich macht. Auch hierzu gibt es im schriftlichen Bericht schon Aussagen. Von den 482 Tatverdächtigen insgesamt ist mehr als jeder Fünfte unter 21 Jahre alt, also 102. Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren machen davon 36 % aus. 44 % der Tatverdächtigen unter 21 Jahren waren Jugendliche, das heißt, im Alter zwischen 14 und 18 Jahren. 20 % der Tatverdächtigen in dieser Gruppe waren sogar Kinder, das heißt, unter 14 Jahre alt.

Im Zehnjahresvergleich ist die Gesamtzahl von 102 Tatverdächtigen im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität als durchschnittlich zu bezeichnen. Das gehört auch zur Betrachtung. Auffällig aber ist, dass sich ganz offensichtlich bei den Jüngsten in dieser Gruppe etwas getan hat. Hierzu zählen wir mehr als 6.000 mutmaßliche Täter mehr als im Vorjahr: 14.000 im Jahr 2021 und 20.000 im Folgejahr.

Kinder sind eindeutig zu oft Täter. Viele Taten finden im Bereich Schule statt. Das müssen nicht nur der Klassenraum oder der Schulhof sein, es kann auch der Schulweg sein. Es gab 9.030 Fälle im Bereich Schule. Im Vergleich zum Coronajahr 2021, in dem die Schulen ja geschlossen waren oder zeitweise geschlossen waren, hat sich diese Zahl mehr als verdoppelt. Die meisten Fälle zählen wir in den Bereichen Körperverletzung und Diebstahl.

Was kann man mit diesen Zahlen anfangen? Was können die einem vielleicht sagen? Wie kann man sie interpretieren? Ich glaube, dass sich da in den zwei Jahren Pandemie ganz viel verändert hat. Ich habe es schon angedeutet. Zum Teil gab es nur Distanzunterricht ohne richtigen sozialen Umgang miteinander. Die Kinder sind nicht zum Sport, nicht zur Freiwilligen Feuerwehr oder zum Jugendverband gegangen. Klassenfahrten und Kindergeburtstage sind ausgefallen. Zwei Jahre sind im Leben eines Kindes eine lange Zeit. Hier wurden zwei Jahre Zeit verloren für die normale Entwicklung, um zu lernen, wie Konflikte zu bewältigen sind. Die Zahlen zeigen, dass das natürlich Folgen gehabt hat. Kinder sind streitbarer, emotionaler, gewalttätiger. Konfliktkompetenz scheint abhandengekommen zu sein. Das ist allerdings auch nicht nur Sache der Polizei. Das hat auch etwas mit Schule, mit Integration, mit Erziehung zu tun. Trotzdem ist das sehr ernst zu nehmen.

Nun zur Frage, was zu tun ist: Das bringt mich zu einem wichtigen Punkt, der die gesamte Polizei im Land betrifft. Egal, ob im Wach- und Wechseldienst oder bei der Kripo, ist das richtige qualifizierte Personal in der erforderlichen Anzahl der entscheidende Faktor für den Erfolg. Aber auch da sind wir ein Stück weitergekommen. Der Scheitelpunkt der Pensionierungen ist überschritten. Das heißt, die großen Pensionierungsblöcke haben wir geschafft. Trotzdem stellen wir so viele Menschen ein wie nie zuvor. Das bedeutet, wir haben jetzt die Trendwende geschafft, aber erst

jetzt. Erstmals seit vielen Jahren wächst die Zahl der Aktiven im Polizeidienst. Wir haben dazu die Regierungsbeschäftigten ergänzt; das wissen Sie.

Wir haben außerdem im letzten Jahr eine Rahmenkonzeption zur Bekämpfung von Mehrfach- und Intensivtäterinnen und -tätern auf den Weg gebracht. Was das bedeutet, wurde Ihnen bereits vorgestellt. Aber vielleicht kann ich es noch einmal betonen: Da schaut sich ein Kriminalpolizist die infrage kommenden Personen ganz genau an. Straftaten von Täterinnen und Tätern, die als Intensivtäter eingestuft werden, werden personenorientiert bearbeitet. Das bedeutet, alle Straftaten, die eine Person begeht, sammeln sich bei einer einzigen Stelle innerhalb der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung. Bei dieser weiteren Bearbeitung spielt eine Vielzahl von objektiven Kriterien eine Rolle, die bewertet und auch entsprechend genutzt werden. Dann kommt es nicht nur auf die bloße Anzahl von polizeilich bekannten Straftaten an, sondern man nimmt auch die Personen ganzheitlich in den Blick. Daraufhin kann die Kripo weitere notwendige Ermittlungsmaßnahmen treffen. Das ist also zielgerichtete Kriminalitätsbekämpfung. Durch die Rahmenkonzeption sind der Polizei flächendeckend kriminalstrategische Leitplanken gegeben. Da erfolgt dann ein sehr komplexes Einzelfallprüfungssystem. Wir wollen damit Intensivtäterkarrieren frühzeitig unterbrechen. Das ist eine Antwort. Das beeinflusst dann auch die Anzahl an Delikten insgesamt.

Sie kennen das Programm „Kurve kriegen“. Damit wollen wir verhindern, dass junge Menschen von heute in der Kriminalität Kundschaft von morgen werden. Das gilt für Menschen ab acht Jahren. Wir stellen fest, dass sich das Sozialverhalten von Kindern, die dieses Programm durchlaufen haben, durchaus verbessert hat. 40 % der Absolventen begehen keine Straftaten mehr. Bei 60 % wurde die Anzahl der Straftaten halbiert. Bei Körperverletzung ist das sogar noch mehr. Da geht es um 75 %. Nur mal zur Einordnung: Eine Intensivtäterkarriere kostet die Gesellschaft bis zum 25. Lebensjahr rund 1,7 Millionen Euro an sozialen Vollkosten. Das hat eine Untersuchung von Prognos ergeben. Ich will jetzt gar nicht über das reden, was darüber hinaus noch an Schäden entsteht. Wir haben das System mittlerweile auf 21 Standorte ausgebaut.

Noch mal zurück zur häuslichen Gewalt: Maßnahmen der Polizei im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt sind heute umfangreich. Die werden konsequent aus dem häuslichen Umfeld verwiesen – Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot. Damit haben dann die Opfer Gelegenheit, Schutz zu suchen. Damit meine ich insbesondere staatlichen Schutz, aber natürlich auch das Zivilrecht und das Strafrecht. Wir informieren in allen Fällen umfangreich über die Hilfsangebote, übrigens auch von nichtstaatlichen Hilfsorganisationen.

Aber auch das kann die Fallzahlen steigen lassen, wie wir sehen. Je mehr informiert wird und das Thema in der Öffentlichkeit enttabuisiert wird, umso mehr Strafanzeigen gibt es. Das ist auch gewollt. Das ist vergleichbar beim Missbrauch von Kindern. Darüber haben wir hier schon mehrfach geredet. Je mehr wir da tun und unterwegs sind, umso höhere Zahlen kriegen wir. Ich würde Wetten abschließen: Wenn wir da noch 100 oder 200 Polizisten mehr einstellen, bekommen wir – das ist zwar erschreckend,

aber es ist so – höhere Zahlen. Das ist das Phänomen, Kriminalität aus dem Dunkelfeld ins Hellfeld zu ziehen.

Deswegen versuchen wir ja, neben dieser praktischen Arbeit auch im Forschungsbereich weiterzukommen. Wir haben 2019 gemeinsam mit dem heutigen Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung 60.000 Bürgerinnen und Bürger in 81 Städten dazu befragt, und wir hatten 40 % Rückmeldungen. Das war sehr ordentlich. Die Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle des Landeskriminalamts hat daraus Erkenntnisse für Opferschutz und Präventionsarbeit gewonnen. Diese Studie hat sich vertieft mit der Inanspruchnahme von Hilfsangeboten für Betroffene von Gewalt befasst. In der Folge haben wir uns an der Dunkelfeldstudie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“ vom Bundeskriminalamt beteiligt. Wir werden uns in den Folgejahren auch an weiteren Erhebungen beteiligen. Das soll systematisch gemacht werden und keine Eintagsfliege sein. Die Erkenntnisse werden wir dann bei uns im Landeskriminalamt umsetzen.

Die erste Erhebungswelle im Jahre 2020 hat übrigens vertiefende Fragen zum Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum“ ergeben. Wir werden auf Basis solcher Untersuchungen zielgenaue Maßnahmen treffen können. Das dauert. Das geht nicht mal eben hopplahopp. Aber es ist trotzdem klug, diesen Weg zu gehen. Das verhindert keine Straftat, sondern es hilft uns nur, Erkenntnisse zu gewinnen und vielleicht vorbeugend noch besser sein zu können.

Wenn wir diese Kriminalitätszahlen analysieren, gehören auch diese Forschungsvorhaben mit in den Rahmen hinein. Es sind sicherlich auch noch ein paar Aufgabenstellungen offen geblieben. Ich habe eben die Kinder- und Jugendkriminalität angesprochen, die für mich ein solches Feld ist, um das man sich kümmern muss und wo man noch mal genauer hinschauen sollte. Wir haben unterschiedliche Maßnahmen ergriffen, um da auch ganz konkret voranzukommen.

Soweit in Kürze. Alle Zahlen habe ich jetzt nicht vortragen können. Das muss ja auch nicht sein. Die haben Sie ja auch lesen können. Ich habe auf den Trend hingewiesen und einige Bereiche benannt, die uns besonders wichtig erscheinen. Einige sind leichter zu erklären, einige sind schwierig zu erklären.

Christina Kampmann (SPD) stellt fest, die PKS sei so etwas wie die Visitenkarte eines Innenministers für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Angesichts der vorgetragenen Zahlen halte sie es für nicht verwunderlich, dass nicht nur die Opposition dem Innenminister an dieser Stelle kein gutes Zeugnis ausstelle.

Die Zahl der Drogentoten habe 2021 schon auf einem Dreißigjahreshöchststand gelegen, und 2022 habe sie laut Bericht noch höher gelegen.

Die Zahlen zur Kinder- und Jugendkriminalität müssten jeden beunruhigen.

Das gelte auch für das Zehnjahreshoch bei Angriffen gegen Rettungskräfte, Polizei und Feuerwehr.

Für beunruhigend halte sie auch die Zunahme der häuslichen Gewalt. Der Minister habe auf die Angebote für Betroffene hingewiesen. Heute sei allerdings zu lesen, dass

Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen eine besonders hohe Belegquote aufwiesen. Im vergangenen Jahr hätten Frauen dort an 314 Tagen keinen Schutz finden können. Da müsse die Landesregierung auf jeden Fall nachsteuern.

Die PKS für das Jahr 2022 lese sich für viele Menschen, die in Nordrhein-Westfalen sicher und frei leben wollten, sicher wie ein Albtraum. Die Menschen, die im vergangenen Jahr auf das CDU-Plakat mit dem Foto des Innenministers und dem Slogan „Sicherheit wählen“ vertraut hätten, erlebten jetzt ein böses Erwachen. Denn sie müsse es ganz klar sagen: Nordrhein-Westfalen sei nach sechs Jahren Reul unsicherer geworden.

Von daher erscheine es ihr nur folgerichtig, dass der Minister sage, die Entwicklung mache ihn betroffen. Sie mache das auch betroffen. Aber Betroffenheit ändere nichts an der sich verschlechternden Sicherheitslage. Das brauche Tatkraft, und das brauche den Mut, auch mal neue Wege zu gehen. Beides vermisse sie an ganz vielen Stellen.

Auf die Frage, wie sich eine zügigere Strafverfolgung erreichen lasse, habe der Minister auf den Rechtsstaat verwiesen. Angesichts des Zehnjahreshochs bei Angriffen auf Rettungskräfte, Polizei und Feuerwehr bedeute das einen Schlag ins Gesicht all derer, die jeden Tag versuchten, einen möglichst guten Job zu machen und anderen Menschen das Leben zu retten. Die Aussagen des Ministers in der Presse hörten sich immer ganz anders an.

Der Minister sei auf einige Gründe für die Entwicklung eingegangen und habe fünf Komplexe genannt, von denen vier etwas mit Corona zu tun hätten. Die Auswirkungen der Pandemie ließen sich nicht von der Hand weisen, allerdings mache es sich die Landesregierung zu leicht, wenn sie die Erklärungen vor allem in der Pandemie und möglichen Kompensationsfolgen suche, wie die besseren Vergleichszahlen aus der Zeit vor Corona belegten.

Einen Indikator dafür, dass den Misserfolgen keine wirklichen Erfolge in der Kriminalitätsbekämpfung gegenüberstünden, stelle die Tatsache dar, dass die Landesregierung versuche, den Kampf gegen Geldautomatensprengungen als Erfolg zu verkaufen. Die Aufklärungsquote liege bei 12 %. Jede Woche lese man von neuen Sprengungen, teilweise mit Verletzten. Das verunsichere viele Bürgerinnen und Bürger. Trotz des Beschlusses der IMK, die Betreiber von Geldautomaten stärker in die Pflicht zu nehmen, habe sich da offensichtlich noch nicht viel getan. Wenn das als Erfolg verkauft werde, habe die Landesregierung wohl nicht mehr zu bieten.

Im Ausschuss sei bereits darüber diskutiert worden, dass die Landesregierung ihr selbst gestecktes Ziel von 3.000 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtern nicht erreichen werde. Das jetzt als personelle Trendwende zu verkaufen, finde sie schwierig.

Der Minister habe bei Westpol gesagt, Kriminalität bekämpfe man nicht mal so eben, sondern das brauche Ausdauer. Ihre Fraktion frage sich, wie viel Ausdauer die Menschen in Nordrhein-Westfalen nach sechs Jahren CDU-geführter Landesregierung denn noch haben sollten. Denn klar sei doch: Wer sich im Wahlkampf beim Thema „innere Sicherheit“ weit aus dem Fenster lehne – und das habe Herr Reul getan –, müsse danach auch liefern. Da sei offensichtlich aber wenig passiert.

Herr Reul habe bei Westpol auch gesagt, dass er davon ausgehe, dass einige Zahlen – aber nicht alle – gesenkt werden könnten. Sie interessieren, welche Zahlen das sein sollten und was er vorhabe, damit das bereits 2023 gelinge.

Sie bitte außerdem um Auskunft, wie die Zahlen empirisch ermittelt würden.

Der Minister habe die Zahlen als Arbeitsauftrag bezeichnet. Sie wolle gerne wissen, was das konkret bedeute und was der Minister veranlasst habe. Herr Reul habe einige sozialdemokratische Erfolgsprojekte wie „Kurve kriegen“ genannt. Sie habe aber wenig Neues gehört und bitte deshalb um eine Aussage dazu, was die Landesregierung angesichts dieser erschreckenden Zahlen in unterschiedlichsten Bereichen ganz konkret tun werde, welche neuen Wege sie vielleicht gehen wolle und welche neuen Maßnahmen sie anstoße, damit im nächsten Jahr über eine erfreulichere PKS diskutiert werden könne.

Natürlich sei der Anstieg der Rauschgiftkriminalität alarmierend, so **Markus Wagner (AfD)**. Für mindestens genauso alarmierend halte er aber den überproportionalen Anstieg der Zahl der Drogentoten, nämlich von 2018 von 240 auf 703 Fälle im Jahr 2022. Das seien die absoluten Zahlen.

Interessanter werde es, wenn man sich die Belastungszahlen ansehe, also die Zahl der Drogentoten auf 100.000 Einwohner. Da stehe Nordrhein-Westfalen mit einer Belastungszahl von 3,9 auf dem dritten Platz hinter den beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin, wo man naturgemäß ohnehin eine höhere Belastungszahl vermuten könnte, aber tatsächlich noch vor dem dritten Stadtstaat Bremen mit einer Belastungszahl von 3,7.

Nordrhein-Westfalen verzeichne zudem den zweitgrößten Anstieg, nämlich um 72,8 %, direkt hinter Mecklenburg-Vorpommern mit einem Anstieg von 100 %, allerdings auf einem niedrigen Niveau mit einer Belastungszahl von 1,2.

Zu Recht lasse sich einwenden, Nordrhein-Westfalen habe mit dem Ruhrgebiet ein großes Ballungsgebiet. Aber Nordrhein-Westfalen bestehe ja nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern auch aus dem Münsterland, dem Sauerland, dem Siegerland, dem idyllischen Ostwestfalen usw. Hessen habe mit dem Frankfurter Raum auch ein Ballungsgebiet, aber lediglich eine Belastungszahl von 1,3.

Für ihn stelle sich die Frage nach den Gründen für diese überproportional hohe Belastungszahl von Nordrhein-Westfalen. Denn keines der Flächenländer Deutschlands abgesehen vom Saarland, einem sehr kleinen Flächenland, habe eine Belastungszahl über 2,0, nur das Flächenland Nordrhein-Westfalen mit 3,9.

Er habe die Frage, ob sich Veränderungen im Konsumverhalten von Drogen beobachten ließen. Heroin führe immer noch am häufigsten zum Tod. Vielleicht werde ja mehr Crystal Meth konsumiert. Ihn interessieren auch, welche Bevölkerungsgruppen welche Drogen bevorzugten. Es werde ja angenommen, dass Kokain eher in höheren gesellschaftlichen Schichten verbreitet sei. Er wisse nicht, ob das zutreffe. Vielleicht könne dazu etwas gesagt werden. Bei Heroin sei es wahrscheinlich eher umgekehrt.

Abschließend frage er die Landesregierung, wie sie vor dem Hintergrund der stark angestiegenen Fallzahlen von Psychosen im Zusammenhang mit Cannabiskonsum zur Cannabislegalisierung stehe. Die Zahl der stationär und ambulant behandelten Psychosen im Zusammenhang mit Cannabiskonsum sei in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen.

Vorsitzende Angela Erwin macht darauf aufmerksam, dass die letzte Frage von Herrn Wagner in die Zuständigkeit des AGS falle.

Dr. Julia Höller (GRÜNE) meint, diese erschreckenden Zahlen und diese ernste Situation eigneten sich nicht für politische Spielchen, sondern die gemeinsame Aufgabe bestehe jetzt darin, sich die Ursachen für diese Entwicklung genau anzusehen, passende Lösungen zu finden und entsprechende Maßnahmen zu beschließen. Dabei müsse jedes Deliktfeld einzeln betrachtet werden, denn die jeweiligen Ursachen unterschieden sich. Die Coronapandemie, die Energiekrise und der russische Angriffskrieg hätten zu einer allgemeinen Verunsicherung geführt. Nicht nur Kinder und Jugendliche seien in der letzten Zeit stark belastet worden, sondern die gesamte Gesellschaft. Das wirke sich auf viele Bereiche aus und führe auch zu einem Anstieg der Straftaten. Es müssten weitere Daten erhoben werden und mehr Studien durchgeführt werden, zum Beispiel zu Dunkelfeldern.

Sie gehe davon aus, dass sich mit Prävention viel erreichen lasse. Gewaltprävention müsse schon bei Kindern und Jugendlichen ansetzen, beispielsweise in der Schule.

Für wichtig halte sie auch die Sichtbarkeit von Polizist*innen auf der Straße.

Dr. Christos Katzidis (CDU) teilt die Meinung von Dr. Julia Höller, dass sich diese Zahlen nicht für populistische parteipolitische Vorwürfe eigneten.

Die Entwicklung in den verschiedenen Bereichen müsse auch in den nächsten Jahren weiter beobachtet werden.

Er wolle noch einmal die gesamte Gewaltkriminalität und insbesondere die häusliche Gewalt in den Fokus rücken. Denn nach seinem Verständnis zeigten die Zahlen, wenn er sie im Zusammenhang betrachte, dass junge Menschen, die häusliche Gewalt erlebt hätten, in der Folge eher selbst gewalttätig würden, was sich auch in der Gewalt auf den Straßen widerspiegle.

In dem Zusammenhang wünsche er sich auch – dafür könne sich Frau Kampmann gerne bei der Bundesinnenministerin einsetzen, gemeinsam mit der FDP –, dass Delikte wie vorsätzliche Körperverletzung aus dem Katalog der Antragsdelikte und Privatklagedelikte herausgenommen würden. Denn mitnichten führten alle vorsätzlichen Körperverletzungsdelikte zu einer Verurteilung und zu einer Strafe und erst recht nicht sehr schnell. Oftmals erhielten die Opfer von Körperverletzungsdelikten nette Schreiben von den Staatsanwaltschaften, mit denen sie auf den Privatklageweg hingewiesen würden und darauf, dass kein besonderes öffentliches Interesse bestehe. Dazu interessierten ihn konkrete Zahlen. Die gingen aus dem Lagebild zur häuslichen Gewalt nicht hervor.

Bei einem breiten Konsens, Hass, Hetze und Gewalt zu verurteilen, müsse das auch rechtlich deutlich gemacht werden, insbesondere bei Gewaltdelikten. Darauf sollte dann auch gemeinsam hingewirkt werden. Hierbei sollten alle an einem Strang ziehen. Denn für Opfer von Gewalttaten stelle das eine bittere Erfahrung dar, wenn sie solche Schreiben von Staatsanwaltschaften erhielten. Auch das führe zu Politik- und Staatsverdrossenheit.

Vorsitzende Angela Erwin erinnert daran, dass man sich im Innenausschuss befinde.

Benedikt Falszewski (SPD) stellt die Frage, inwiefern bei der Drogenkriminalität und insbesondere bei der Zunahme der Drogenkriminalität in NRW auch internationale Banden aus dem Bereich der organisierten Kriminalität eine Rolle spielten.

Zudem bitte er um Auskunft, wie viel Personal aktuell in NRW bei der Polizei zur Bekämpfung der Drogenkriminalität eingesetzt werde, wie viele Ermittlungsgruppen, Kommissionen oder auch Sonderkommissionen aktuell in Nordrhein-Westfalen zur Bekämpfung der Drogenkriminalität eingesetzt würden und ob die Landesregierung angesichts der erschreckenden Zahlen in dem Bereich einen Personalaufbau plane.

Außerdem habe er die Frage, wie viele Schwerabhängige sich zurzeit in NRW in medizinischer Behandlung befänden.

Darüber hinaus interessiere ihn, in welcher Höhe 2022 bei Durchsuchungen erwirtschaftete Vermögenswerte im Bereich der Drogenkriminalität beschlagnahmt worden seien.

Seine letzte Frage laute, wie sich in den letzten drei Jahren die Marktpreise für illegale Betäubungsmittel entwickelt hätten.

Hartmut Ganzke (SPD) bezeichnet diese Innenausschusssitzung als historisch. Denn in den letzten Jahren hätten die CDU und der Minister hier eine vollkommen andere Sicherheitspolitik vertreten. Heute habe der Minister den alten CDU-Spruch aufgegeben, dass mehr Polizei weniger Kriminalität in Nordrhein-Westfalen bedeute, und stattdessen gesagt, wenn er noch 100 bis 200 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mehr auf die Straße bekäme, bekäme er noch mehr Anzeigen und noch mehr Kriminalität. Er verstehe, dass ein Innenminister eine Erklärung dafür finden müsse, warum die Kriminalität zunehme, obwohl mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eingestellt würden. Natürlich könne der Minister jetzt sagen, seine Aussage wäre nicht so gemeint gewesen, und er hätte den bisherigen Weg nicht aufgegeben.

Er habe die Frage, was denn nach Meinung des Ministers zu weniger Kriminalität in Nordrhein-Westfalen führen würde – denn der Minister habe ja gerade öffentlich gesagt, mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte führten zu mehr entdeckter Kriminalität – und ob es aus seiner Sicht irgendwann einen Punkt gebe, an dem die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ausreichten – vielleicht 4.000, 5.000 oder 6.000 –, damit endlich keine Taten mehr unangezeigt blieben.

Auf Seite 83 des Zukunftsvertrags von CDU und Grünen stehe:

„Unsere Innenpolitik beruht auf der Grundlage wissenschaftlicher Fakten. Dafür werden wir Forschungsaufträge vergeben, u. a. zu Dunkelfeldstudien, zu Ursachenforschung, zur Sicherheitswahrnehmung der Bevölkerung zu verschiedenen Kriminalitätsfeldern und zur Wirksamkeit von Maßnahmen.“

Die Kollegin Dr. Höller habe ja auch von Dunkelfeldstudien gesprochen. Er wolle gerne wissen, wie viele solcher Aufträge die Landesregierung bisher vergeben habe.

Ohne Pressesprecher des Innenministers zu sein, wolle er aber doch anmerken, so **Markus Wagner (AfD)**, dass er vermute, dass sich der Minister einfach missverständlich ausgedrückt habe. Wahrscheinlich habe der Minister sagen wollen, dass eine höhere Anzahl von Polizeibeamten dazu führe, dass bei gleichbleibender Zahl an Straftaten mehr Kriminalität aus dem Dunkelfeld ins Hellfeld geholt werden könne. Bayern habe pro Kopf mehr Polizeibeamte als Nordrhein-Westfalen und stehe in der Kriminalitätsstatistik auch besser da.

Hinsichtlich der Drogenkriminalität und der Geldautomatensprengungen werde immer wieder auf die Nähe zu den Niederlanden hingewiesen. Die Polizeigewerkschaften hätten bereits vor Jahren Vorschläge gemacht, wie eine intelligente mobile Grenzsicherung eingerichtet werden könne, die dazu führen könnte, dass grenzüberschreitende Kriminalität vom Dunkelfeld ins Hellfeld gerückt werde, aber vor allen Dingen eingedämmt werde, wenn auch nicht ganz verhindert. Er habe die Frage, ob und wann die Landesregierung die Vorschläge der Polizeigewerkschaften umsetzen wolle.

Zwischen 2019 und 2022 habe die Kinderkriminalität um 25 % zugenommen. Bei den deutschen tatverdächtigen Kindern betrage der Anstieg 23 % und bei den nichtdeutschen 32 %. Ihn interessiere, wie die Landesregierung dieser Integrationsproblematik begegnen wolle, um dieses Missverhältnis einzudämmen und irgendwann auch mal wieder dazu zu kommen, dass sich die Zahl der tatverdächtigen Kinder senke, und ob sie überhaupt Gedanken dazu habe, wie es zu diesem Missverhältnis kommen könne.

Thomas Schnelle (CDU) äußert, der Kollege Ganzke habe von einer bahnbrechenden neuen Erkenntnis des Innenministers gesprochen. In der zweiten oder dritten Stunde Kriminologie lerne man das sogenannte Lüchow-Dannenberg-Syndrom kennen. Das bezeichne das Phänomen, dass die Erhöhung der Polizeipräsenz an einem Ort eine Erhöhung der statistisch erfassten Vergehen und Verbrechen nach sich ziehe. Werde in einem Bereich mehr ermittelt, stiegen die Zahlen erfasster Taten. Das sei keine neue Erkenntnis und lasse sich beispielsweise bei Ermittlungen zu Kinderpornografie beobachten.

Christina Kampmann (SPD) entgegnet, Herr Schnelle mache es sich da ein bisschen einfach. Die steigenden Zahlen nur auf mehr Ermittlungen zurückzuführen, werde dem Problem nicht gerecht und verstelle vor allem den Blick auf mögliche Ursachen, die – Dr. Julia Höller habe das richtigerweise gesagt – ermittelt werden müssten. Der Verweis auf Corona, mehr Ermittlungen und eine Zunahme der Anzeigebereitschaft aufgrund einer größeren Sensibilität genüge nicht. Es gelte, sich wirklich ernsthaft die wahren Ursachen anzusehen. Dazu gehöre auch die Frage, ob sich vielleicht an der

sozioökonomischen Situation von Kindern und Jugendlichen etwas geändert habe. Hier sollte nicht so getan werden, als wäre das Ganze so einfach, dass die laut PKS fast 14 % mehr Kriminalität in Nordrhein-Westfalen nur darauf zurückzuführen seien, dass mehr ermittelt worden sei. Mit der Erklärung mache man sich doch wirklich lächerlich. Das werde die SPD der Landesregierung ganz bestimmt nicht durchgehen lassen.

Hartmut Ganzke (SPD) verweist auf eine Studie des Kriminologen Thomas Feltes, die bereits im Jahr 1994 ergeben habe, dass mehr Polizei nicht zu weniger Kriminalität führe.

Nach Ansicht von **Markus Wagner (AfD)** habe der Kollege Schnelle recht mit seinem Hinweis auf das Lüchow-Dannenberg-Syndrom. Allerdings lasse sich damit nicht alles erklären.

Man habe im Vergleich zum Anstieg der Drogenkriminalität überproportional viele Drogentote. Das lasse sich aus seiner Sicht nur mit einem erheblich höheren Dunkelfeld im Bereich der Drogenkriminalität erklären.

Wichtig wäre auch, zu wissen, woran es liege, dass Nordrhein-Westfalen Belastungszahlen habe, die mehr als doppelt so hoch seien als in allen anderen Flächenländern.

Dr. Christos Katzidis (CDU) hält fest, dass Einigkeit darin bestehe, die Ursachen für die steigenden Zahlen ermitteln zu wollen, um die richtigen Maßnahmen beschließen zu können.

Dass sich die Zahl der Drogentoten erhöht habe, könne möglicherweise auch mit einer veränderten Drogenqualität zusammenhängen. Das könne verschiedene Gründe haben, die erforscht werden müssten.

Er stimme Frau Kampmann uneingeschränkt zu, was mögliche Einflussfaktoren angehe. Das habe er ja vorhin bereits angedeutet. Es müsse über das Soziale, über Prävention, Bildung, Schule und viele weitere Bereiche gesprochen werden. Das halte er für weniger Hass, Hetze und Gewalt in der Gesellschaft für elementar. Er schlage vor, sich in einer Obleuterunde darauf zu verständigen, wie sich das alles zusammenführen lasse und wie dann auch gemeinsam gehandelt werden könne.

Minister Herbert Reul (IM) führt aus, das sei eine interessante Debatte, die viele Punkte unterstreiche, die er vorgetragen habe.

Einiges sei wahrscheinlich aufgrund seines langen Vortrags aber auch nicht richtig verstanden worden, weshalb er darauf noch einmal eingehen wolle.

Er würde nie behaupten, dass die Pandemie die alleinige Ursache all dieser Probleme darstelle. Es gebe mehrere Gründe dafür, und er habe als ersten Aufschlag und ohne den Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit fünf Erklärungsversuche vorgetragen. Einer davon sei die Pandemie – nicht mehr und nicht weniger. Es werde noch weitere Ursachen geben, die noch ermittelt werden müssten. Jetzt gelte es, bei jedem

einzelnen Delikt die jeweilige Ursache zu betrachten. Die Zahlen alleine stellten bedauerlicherweise keine Hilfe dar. Er habe auch deutlich gemacht, dass die Ursachen differenziert betrachtet werden müssten, und auf Schule, soziales Umfeld und die sozialen Folgen der Pandemiezeit hingewiesen.

Er habe von 100 Polizisten mehr gesprochen und gesagt, die Zahl der Fälle würde zunehmen, wenn die im Bereich Kindesmissbrauch eingesetzt würden. Das heiße aber im Umkehrschluss nicht, dass mehr Polizisten zu mehr Fällen führten, sondern das hänge mit dem Dunkelfeld zusammen. Bei Kontrolldelikten habe die Menge an Straftaten, die in der Statistik auftauchten, ganz viel damit zu tun, wie viele Polizisten dafür eingesetzt würden. Je mehr Polizisten im Drogenbereich oder bei Kindesmissbrauch eingesetzt würden, umso mehr Fälle werde es geben. Er hoffe, dass es einen Punkt gebe, an dem das ende. Aber das sei wahr. Dabei bleibe er, aber daraus könne nicht der Umkehrschluss abgeleitet werden – das habe er auch nie vorgetragen –, dass mehr Polizisten nicht helfen würden. Natürlich täten sie das. Der Grundsatz sei schon richtig. Natürlich sei Polizeidichte eine Hilfe, wenn auch nicht der einzige Problemlöser.

Man habe jetzt erst wieder den Stand an Polizisten, den man vor vielen Jahren gehabt habe. Man hole erst langsam wieder auf. Das dauere leider alles etwas länger und gehe nicht so flott, wie er sich das manchmal vorstelle.

Von dem Zuwachs an 160.000 Straftaten seien 90.000 Diebstahl. Er finde, es lohne sich, darüber nachzudenken. Einen großen Teil dieser Diebstahldelikte machten Fahrraddiebstähle aus. Das könne wirklich etwas mit der Pandemie zu tun haben. Mehr Fahrraddiebstähle könnten etwas damit zu tun haben, dass mehr Fahrräder genutzt würden. Da Fahrräder heute viel teurer seien als früher, würden auch mehr Fahrraddiebstähle zur Anzeige gebracht. Das sei kein Versuch, das Ganze gesund zu reden, aber je differenzierter man das betrachte, umso mehr Antworten ergäben sich. Fahrraddiebstahl habe heute eine andere Qualität. Bedauerlicherweise ließen sich Fahrraddiebstähle aber nach wie vor selten aufklären.

Die grenzüberschreitende Kriminalität sei eine große Baustelle. Er versuche seit fünf Jahren, eine gemeinsame Polizeistation mit den Niederländern zu erreichen, und man habe Schwierigkeiten, da mit den Niederländern klarzukommen. Das finde er ärgerlich, denn das halte er für ein ganz wesentliches Element von mobiler Grenzkontrolle. An zwei, drei Stellen mehr solche mobilen Kontrollen wie in Bad Bentheim gemeinsam mit Niedersachsen wären eine große Hilfe. Seines Erachtens könne da mehr Polizei und richtig eingesetzte Polizei helfen.

Er weise Frau Kampmann darauf hin: Mit 479.667 Diebstahldelikten in diesem Jahr liege die Zahl ganz leicht über der des Jahres 2019. Er halte diese sehr hohe Zahl aber für erklärbar. 2017, als er noch nicht dafür zuständig gewesen sei, habe die Zahl dagegen bei 549.916 gelegen, also wesentlich höher als jemals während seiner Zuständigkeit. Und im Jahr 2015 habe es 691.801 Diebstahldelikte gegeben.

1,37 Millionen Straftaten seien zu viel. Die Steigerungsrate mache ihn traurig und ärgere ihn. Allerdings handele es sich um die fünftniedrigste Fallzahl in den letzten 20 Jahren. Übrigens: Die anderen vier niedrigsten Zahlen fielen auch in seine Amtszeit.

Natürlich habe er sich gefragt, ob die Zahlen nur in NRW so mies ausfielen, und sich dann den Vergleich mit anderen Bundesländern angesehen. Gestern habe man von Hessen Daten erhalten. Ehrlicherweise müsse er sagen, dass nichts vergleichbar sei, aber Hessen sei auch ein Flächenland mit ein paar Großstädten. In Hessen seien die Fallzahlen ebenfalls gestiegen, auch im Vergleich mit dem Vorcoronajahr 2019. Bei Straßenkriminalität verzeichne Hessen sogar einen Anstieg um 11 %, NRW nur um 5 %. Eigentlich habe er das gar nicht vortragen wollen, aber wenn er dazu gezwungen werde, mache er das. Bei Diebstahl habe Hessen 19 und 31 %, insbesondere 31 % bei Ladendiebstahl. Die Übergriffe auf Polizisten hätten in Hessen auch zugenommen. Dieser Vergleich mit Hessen beruhige ihn aber nicht, sondern es beunruhige ihn eher, dass diese Entwicklung in mehreren Bundesländern beobachtet werden könne. Schuldzuweisungen eigneten sich vielleicht für Überschriften, aber lösten das Problem nicht. Jede Deliktart müsse genau betrachtet werden.

Er habe wirklich nicht versucht, mit den Geldautomatenzahlen irgendetwas gesund zu reden. Er stimme Frau Kampmann darin zu, dass die Geldautomatenzahlen immer noch zu hoch seien, aber 108 im zweiten Halbjahr 2021 und 78 im zweiten Halbjahr 2022 zeigten, dass sich zumindest etwas in die richtige Richtung bewege. Im ersten Halbjahr dieses Jahres liege die Zahl bisher bei 30. Aber das Halbjahr sei ja noch nicht zu Ende. Da gelte es, abzuwarten. Den Polizistinnen und Polizisten versichere er, dass sich ihre Arbeit lohne. Es gehe voran, aber eben nicht mit dem Zauberstab hopplahopp, sondern es sei leider mühsam. Die Ermittlungen brauchten Zeit und Geduld.

Die Fragen rund um das Thema „Drogen“ werde Herr Mosch beantworten. Eventuell müssten auch Antworten nachgeliefert werden.

LKD Peter Mosch (IM) legt dar, Herr Falszewski habe die organisierte Kriminalität angesprochen. Ein Großteil der OK-Verfahren, nämlich 59 von 90, beschäftige sich mit Betäubungsmittelkriminalität. Eine große Rolle spiele dabei kryptierte Kommunikation. Über kryptierte Kommunikation komme man an die Hintermänner, die glaubten, mit der kryptierten Kommunikation frei sprechen zu können. Bei Telefonüberwachungen täten sie das ja in aller Regel nicht.

Die Zahl der Ermittlungskommissionen könne er nicht nennen, denn die würden nicht gezählt. Die Zahl würde sich stetig verändern und hätte gar keine große Aussagekraft. Eine Kommission könne aus drei Personen bestehen, aber auch aus 17 Personen. Sie könne für einen Monat eingesetzt werden, ein Jahr oder sieben Jahre. Das komme auf das Verfahren an. In enger Abstimmung mit den Staatsanwaltschaften würden die Verfahren begleitet. Dementsprechend veränderten sich solche Werte auch. Er wisse das aus der Zeit als Direktionsleiter Kriminalität. Anhand des Verfahrens, anhand der Beweismittel, die möglicherweise eine Rolle spielten, und anhand der Ermittlungshandlungen, die getätigt werden müssten, werde entschieden, wie viel Personal wie lange eingesetzt werde.

Ausgehend von der Konsumkriminalität und der Frage, wer die Drogen wo besorge, komme man auch in den internationalen Bereich hinein und zur organisierten Kriminalität. Deswegen dürfe der Konsum nicht außer Acht gelassen werden. Der Konsum spiele statistisch die größte Rolle. Cannabisdelikte hätten immer schon die größte Rolle

gespielt. Natürlich hänge das Konsumverhalten auch mit der Verfügbarkeit von Drogen zusammen. Bei Cannabis gebe es ja nicht nur den internationalen Handel, sondern auch eigene Indoorplantagen und Outdoorplantagen.

Bei der Betäubungsmittelkriminalität gebe es ein großes Dunkelfeld. Selbstverständlich habe die Polizei keinen hundertprozentigen Blick auf die Drogenkriminalität, weil der größte Teil Konsumdelikte seien, die gar nicht bekannt würden. Es handele sich um Kontrolldelikte. Fast niemand zeige Drogenkriminalität an. Die müsse selbst ermittelt werden. Mehr Ermittlungen führten zu höheren Fallzahlen. Als Einstieg in die organisierte Kriminalität und aufgrund der Chance, auch Beschaffungskriminalität aufzudecken, plädiere er dafür, sich weiter sehr intensiv um Drogenkriminalität zu kümmern.

Die Marktpreise differierten sehr stark. Das habe selbstverständlich auch mit der Qualität der Drogen zu tun. Schlechtere Qualität werde in aller Regel günstiger sein. Beispielsweise liege ein Gramm Heroin im Straßenhandel zwischen 9 Euro und 80 Euro. Gerade bei Heroin spiele die Qualität eine große Rolle. Eine Konsumeinheit Ecstasy liege zwischen 1 Euro und 15 Euro. Amphetamin liege ähnlich. MDMA liege zwischen 2 Euro und 15 Euro. Ein Gramm Haschisch liege zwischen 3 Euro und 15 Euro. Ein Gramm Pilze liege zwischen 10 Euro und 20 Euro. Crack spiele in Deutschland glücklicherweise nicht so eine große Rolle. Das Gramm Kokain koste zwischen 30 Euro und 120 Euro.

Zahlen zur bei Durchsuchungen beschlagnahmten Menge lägen nicht vor. Er gehe nicht davon aus, dass erhoben werden könne, welche Vermögenswerte bei Durchsuchungen im BtM-Bereich sichergestellt würden. Das müsste ja dann eine Einzelverfahrensauswertung sein. Das wäre ein gigantischer Aufwand. Ihm sei dazu keine Statistik bekannt.

(Benedikt Falszewski [SPD]: Aber das braucht man doch bei der Strafverfolgung!)

– Das müsste dann alles im Justizbereich zusammenlaufen. Dann müsste man sehen, ob es darüber Zahlen gebe. Ihm sei das nicht bekannt.

Natürlich verbiete sich ein bisschen ein direkter Vergleich der Fallzahlen zu den Drogentoten, weil das auch Langzeitdrogentote umfasse. Von den aufgeführten 693 Drogentoten hätten 489 Langzeitschäden gehabt. Die meisten Verstorbenen seien Langzeitkonsumenten gewesen. Oft handele es sich um polyvalenten Drogenkonsum.

Dass die Zahl der Drogentoten in Nordrhein-Westfalen massiv gestiegen sei, liege nach seiner Vermutung auch daran, dass sich Langzeitkonsumenten aufgrund der hohen Verfügbarkeit von Drogen und Hilfsangeboten oft in Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet, Düsseldorf und dem Köln/Bonner Raum aufhielten. Von daher müsste man eigentlich für ein komplettes Bild wissen, wie viele Langzeitkonsumenten sich in Nordrhein-Westfalen aufhielten. Dazu habe die Polizei aber keine Daten. NRW sei vielleicht mit Hamburg und Berlin vergleichbar, habe aber geringere Zahlen. Diesem massiven Anstieg müsse man sich natürlich widmen. Aber die Zahlen lägen jedenfalls unterhalb von denen der Stadtstaaten.

Christina Kampmann (SPD) hebt hervor, ihr gehe es nicht darum, einen Schuldigen zu finden, sondern jemanden, der Verantwortung für die Entwicklung der Zahlen übernehme. Sie halte es nicht für verwunderlich, dass sie dabei an den Innenminister denke.

Natürlich habe sie die fünf Komplexe, die der Minister zur Erklärung herangezogen habe, zur Kenntnis genommen. Vier davon hätten etwas mit der Pandemie zu tun. Herr Reul habe von der Rückkehr zur Normalität, einem Pendeleffekt und einem Dauerkrisenmodus gesprochen. Jetzt noch eine Ursache darin zu sehen, dass mehr Menschen teurere Fahrräder hätten, halte sie für Spekulation.

Der Minister habe von den sozialen Folgen der Pandemie gesprochen. Das sei bereits nach den Gewaltexzessen an Silvester diskutiert worden. Es sollte nicht nur auf die sozialen Folgen der Pandemie geschaut werden, sondern es gelte, sich die Lebensumstände von Jugendlichen in ihren Quartieren anzusehen. Dabei spielten auch Armut, Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven und fehlende Bildung eine Rolle. Der Kollege Katzidis habe das auch gesagt. Sie halte es für angebracht, das Denken in Zuständigkeiten mal hinter sich zu lassen und innerhalb der Landesregierung so zusammenzuarbeiten, dass man da wirklich präventiv tätig werden könne.

Sie interessiere, ob die Landesregierung die insgesamt gestiegenen Zahlen zum Anlass nehme, ihre Innenpolitik neu auszurichten oder neue Schwerpunkte zu setzen oder ob es da ein Weiter-so geben werde.

Unbeantwortet sei noch, wie viel Personal zur Bekämpfung der Drogenkriminalität eingesetzt werde und ob angesichts der gestiegenen Zahlen ein zusätzlicher Personal-aufbau geplant werde. Man habe ja jetzt ausführlich darüber diskutiert, ob das zu mehr oder zu weniger Kriminalität führe. Dazu habe der Minister noch etwas gesagt. Dem schließe sich ihre Fraktion an. Deshalb wäre das ja nur folgerichtig.

Sie wolle auch gerne noch wissen, wie sich der Minister die zunehmende Zahl an Körperverletzungen erkläre.

In der Antwort auf eine Große Anfrage habe die Landesregierung 2020 geschrieben, dass das Programm „Kurve kriegen“ ausgebaut werden solle. Sie bitte um Auskunft, was sich seitdem getan habe.

Benedikt Falszewski (SPD) richtet die Frage an den Innenminister, welche Delikte im Jahr 2022 im Zusammenhang mit Kriminalität von Kindern am häufigsten vorgekommen seien, wie viele der strafmündigen Kinder Mehrfachtäter seien und ob Erkenntnisse zu organisierten Banden in dem Bereich vorlägen.

Minister Herbert Reul (IM) nimmt Stellung, natürlich richte er seine Politik nicht komplett neu aus, aber ein Weiter-so gebe es auch nie, denn er stehe jeden Tag vor einer neuen Herausforderung. Seit sechs Jahren ändere er seine Politik jeden Tag, wenn es sein müsse. Aber die Grundlinie bleibe und werde auch nicht geändert, es sei denn, der Wähler entscheide, dass er es anders wolle.

Er habe Zweifel, dass alle Menschen in Nordrhein-Westfalen ihn so empfänden, wie er hier beschrieben werde.

Natürlich werde das Personal weiter ausgebaut. Er habe ungefähr 1.900 pro Jahr übernommen. Jetzt liege man bei 3.000 pro Jahr. Das sei eine Steigerungsrate. Es werde versucht, die beizubehalten.

Zum Programm „Kurve kriegen“: 21 neue seien in seiner Zeit aufgebaut worden.

LKD Peter Mosch (IM) sagt zu, die Zahl der mehrfach tatverdächtigen Kinder nachzureichen.

Christina Kampmann (SPD) wiederholt ihre Fragen, wie viel Personal bei der Polizei zur Bekämpfung von Drogenkriminalität eingesetzt werde und ob es Überlegungen gebe, diese Zahl zu erhöhen.

Zum Programm „Kurve kriegen“ habe sie nicht gefragt, wie viele daran teilnahmen oder wie viele neue es gebe, sondern nach dem in der Großen Anfrage 2020 angekündigten Ausbau. Vielleicht habe sie den Minister auch nicht richtig verstanden, und er habe einen kapazitätsmäßigen Ausbau gemeint. Vielleicht könne er das konkretisieren.

Minister Herbert Reul (IM) erklärt, es werde kapazitätsmäßig immer wieder daran gearbeitet, und die Standorte würden auch systematisch ausgebaut. Das hänge natürlich auch immer ein bisschen von den finanziellen Möglichkeiten ab. Das werde jedes Jahr neu entschieden werden müssen.

Die Zahlen, wie viele insgesamt in Nordrhein-Westfalen mit dem Thema „Drogen“ beschäftigt seien, würden nachgereicht.

12 Evaluierung des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/899

Christina Kampmann (SPD) erkundigt sich, wann die Auswertung voraussichtlich abgeschlossen sein werde.

Markus Wagner (AfD) schließt sich der Frage von Frau Kampmann an.

Minister Herbert Reul (IM) erklärt, sich diesbezüglich nicht festlegen zu wollen. Wenn die Auswertung zum Ergebnis habe, dass eine Korrektur stattfinden müsse, werde das auf jeden Fall ins Parlament kommen.

13 Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelungen zum Einsatz einer Datenanalyse-Software in den Polizeigesetzen von Hessen und Hamburg *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/897

Aus Sicht ihrer Fraktion, so **Christina Kampmann (SPD)**, gehe der Bericht ein Stück weit an dem eigentlichen Problem vorbei, da nur aufgeführt werde, was laut Bundesverfassungsgericht erlaubt sei und dass an der Geeignetheit der Maßnahme keine Zweifel bestünden. Das stehe gar nicht infrage und sei gar nicht der kritische Punkt. Sie gehe davon aus, dass nach einem solchen Urteil auch eine kritische Analyse erfolge. Dafür sehe sie in dem Bericht aber keine Anhaltspunkte.

Gegenüber der Rheinischen Post sei sogar argumentiert worden, dass die Anwenderinnen und Anwender bestätigt hätten, dass die Software eine ungemeine Entlastung für sie gebracht habe. Darum gehe es aber nicht.

Es gehe darum, zu prüfen, ob dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch Folgen für Nordrhein-Westfalen habe, da die betreffenden Formulierungen quasi identisch seien.

Im Bericht heiße es, dass eine automatisierte Auswertung quasi nicht erlaubt sei. Aber der kritische Punkt, der vom Bundesverfassungsgericht auch aufgeworfen worden sei, sei auch gewesen, dass es eine Verknüpfung unterschiedlicher Datenbanken gebe. Das halte sie für entscheidend. Und da wisse man nicht, ob diese Verknüpfungen nach dem Polizeigesetz in Nordrhein-Westfalen auch möglich seien, denn dann bräuchte es diese kritische Überprüfung nach dem Urteil.

Gleichzeitig gehe es darum – das habe das Bundesverfassungsgericht kritisiert –, dass eine breite Einbeziehung von Daten Unbeteiligter zugelassen werde, die dann deshalb polizeilichen Ermittlungsmaßnahmen unterzogen werden könnten. Hier sei die Regelung in Nordrhein-Westfalen quasi wortgleich. Das müsste also verfassungswidrig sein. Es wäre gut, wenn der Minister etwas dazu sagen könnte, ob das in NRW auch so möglich sei. Denn das Urteil sei natürlich ernst zu nehmen. Es helfe nicht, wenn in dem Bericht nur die Punkte stünden, die laut Bundesverfassungsgericht auch weiterhin verfassungsgemäß seien.

Minister Herbert Reul (IM) nimmt Stellung, das werde natürlich längst geprüft, aber eben gründlich. Er werde hier nicht schnell eine Antwort geben, ob, wann und wo etwas geändert werden müsse. Es könne eine Änderung erforderlich sein, es könne aber auch sein, dass nichts geändert werden müsse. Das werde er für sich erst entscheiden und dann einen Vorschlag unterbreiten, wenn er die Bewertung der Juristen kenne. Es handele sich um komplexe Sachverhalte. Allein das Urteil stelle selbst für Juristen eine Herausforderung dar.

Christina Kampmann (SPD) erwidert, sie wolle da ja keinen Druck machen, aber es sei ja auch eine Klage gegen Nordrhein-Westfalen anhängig und deshalb auch ein bestimmtes Zeitfenster vorgegeben.

In Hessen gebe es über die Software 14.000 Abfragen jährlich. Sie interessiere, wie viele es in Nordrhein-Westfalen gebe.

In Hessen arbeiteten rund 2.000 Polizistinnen und Polizisten mit dem System. Auch das sei im Zuge der Urteilsverkündung genannt worden. Sie bitte um Auskunft, wie viele Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen damit arbeiteten.

Minister Herbert Reul (IM) gibt Auskunft, 1.500 Polizistinnen und Polizisten seien geschult und könnten damit arbeiten. Das heiÙe nicht, dass es alle machten.

Die Zahl der jährlichen Abfragen werde nachgereicht.

14 Aktueller Sachstand im Zusammenhang mit dem Tod eines 16-jährigen Jugendlichen bei einem Polizeieinsatz in Dortmund am 08.08.2022 (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/828
Vorlage 18/734
Vorlage 18/916

Es wird vereinbart, den Tagesordnungspunkt in einem vertraulichen Sitzungsteil zu beraten.

15 Hackerangriffe auf Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/921

Benedikt Falszewski (SPD) fragt, wie die Landesregierung gewährleisten wolle, dass Hochschulen künftig vor derartigen Angriffen geschützt würden, und ob sich Konzepte in Planung befänden, solche Angriffe zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Um Forschungsergebnisse und persönliche Daten von Studierenden zu schützen, sehe er dringenden Handlungsbedarf.

Vorsitzende Angela Erwin erinnert daran, dass man sich im Innenausschuss befinde.

Minister Herbert Reul (IM) antwortet, das Thema betreffe nicht nur Hochschulen und sei sehr kompliziert. Glücklicherweise begriffen immer mehr – nicht nur Hochschulen, sondern auch Institutionen und Unternehmen –, dass es sich um eine große Herausforderung handele, für die man noch lange nicht gut genug aufgestellt sei.

Das Cybercrime-Kompetenzzentrum beim LKA betreibe Aufklärung, und auch das Innenministerium versuche, zur Cybersicherheit Informationsarbeit zu leisten. Seines Erachtens sei das Wichtigste, möglichst viele für das Thema zu sensibilisieren, damit sie frühzeitig selbst die Risiken minimieren könnten. Der Verfassungsschutz sei auch sehr intensiv damit befasst.

Das Problem lasse sich nicht alleine mit einer Maßnahme lösen. Man arbeite sich Stück für Stück voran und habe noch lange nicht alle Lücken geschlossen. Eine der Hauptschwierigkeiten bestehe darin, in dem Bereich kompetentes Personal zu finden. Es gebe wenig Fachleute, und andere könnten mehr Geld bieten. Deswegen würden Polizisten auch Schulungen zu Cybercops an der Fachhochschule ermöglicht. Aber das gehe leider auch nicht hopplahopp.

Die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten würden genutzt und relativ viel Aufwand in Prävention und Information investiert.

Bei Hochschulen handele es sich ja um sehr komplexe Gebilde, so **Elisabeth Müller-Witt (SPD)**. Dazu gehörten beispielsweise auch Universitätskliniken und Forschungszentren. Sie wolle gerne wissen, ob die Sicherheitsbehörden auch mal in Erwägung gezogen hätten, kleinere Einheiten zu bilden, damit solche Angriffe keinen Zugang zum Ganzen ermöglichten, sondern auf kleinere Einheiten beschränkt blieben. So könnte nicht nur bei Hochschulen vorgegangen werden, sondern auch bei anderen komplexen Gebilden. – **Minister Herbert Reul (IM)** findet den Gedanken interessant, macht aber auf die Autonomie der Hochschulen aufmerksam. Die Hochschulen könnten nur beraten werden.

16 Neubesetzung der vakanten Stellen für die Leitung der Polizeipräsidien in Oberhausen und in Gelsenkirchen *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/902

Christina Kampmann (SPD) stellt die Frage, warum die Besetzungsverfahren so lange dauerten und wann mit einem Abschluss gerechnet werde.

Minister Herbert Reul (IM) antwortet, das könne noch dauern, weil es kompliziert sei und weil die Polizeipräsidenten für die Frage, wie Sicherheit im Land organisiert werde, große Bedeutung hätten. Die Polizeipräsidenten seien fast eine Lebensversicherung für die Frage, wie Sicherheit organisiert werde. Deswegen würden die Verfahren sehr sorgfältig durchgeführt. Das bedeute auch manchmal, dass man sich Zeit lassen müsse. Er wisse, dass das unbefriedigend sei, und für den Ärger müsse er auch geradestehen.

17 Schließung von Polizeiwachen *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/919

Christina Kampmann (SPD) äußert, dem Bericht könne entnommen werden, dass seit 2015 27 Standorte aufgegeben worden seien oder zusammengelegt worden seien. Sie habe die Frage, wie viele aufgegeben und wie viele zusammengelegt worden seien und wie sich die Zahl insgesamt reduziert habe.

Außerdem wolle sie gerne wissen, ob der Minister die Präsenz der Polizei in der Fläche trotzdem für gewährleistet halte. Er habe ja mal gesagt, die Polizei wäre auf den Straßen sichtbarer geworden. Sie interessiere, wie das mit diesen Schließungen und Zusammenlegungen zusammenpasse.

Markus Wagner (AfD) hält es vor dem Hintergrund des Kriminalitätsgeschehens in Essen für etwas fragwürdig, dass die KPB Essen neun Polizeistandorte und -wachen zusammengelegt habe, und erkundigt sich, welche Hintergründe und welche Auswirkungen die Zusammenlegung habe.

Auch sein Heimatkreis sei betroffen, nämlich zum einen dadurch, dass die dezentralen Kriminalkommissariate in Bad Oeynhausen und Lübbecke geschlossen worden seien und alles in Minden zentralisiert worden sei. Er könne sagen aus seiner Erfahrung aus dem großen Flächenkreis Minden-Lübbecke, dass die Zentralisierung in Minden und die damit relativ schwierige physische Erreichbarkeit gerade für Bewohner des Altkreises Lübbecke, aber auch aus Bad Oeynhausen im Kreis Minden-Lübbecke nicht auf große Begeisterung stoße und dass in so einem Flächenkreis diese drei Kommissariate eigentlich angemessen gewesen seien.

Hinzu komme noch, dass im Kreis Minden-Lübbecke ebenfalls in Lübbecke und Bad Oeynhausen die Öffnungszeiten reduziert worden seien, sodass diese Wachen auch nicht mehr 24 Stunden am Tag besetzt seien. Das sei für das Sicherheitsempfinden der Menschen noch viel schlimmer.

Eine Zentralisierung und damit verbundene weite Wege zum Beispiel von Stemwede nach Minden und reduzierte Öffnungszeiten bedeuteten keinen Zugewinn an öffentlicher Sicherheit und an Sicherheitsempfinden. Er habe die Frage, ob die Folgen für den Kreis Minden-Lübbecke evaluiert worden seien.

Dorothea Deppermann (GRÜNE) findet es gut, dass Synergieeffekte genutzt würden, und weist auf die Möglichkeit der Onlineanzeige hin, um mit der Polizei in Kontakt zu treten. Sie sehe die Erreichbarkeit der Polizei auch auf diesem Weg gut gewährleistet. Wichtig sei, dass die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert würden, wie sie mit der Polizei kommunizieren könnten.

Minister Herbert Reul (IM) legt dar, es handele sich um zehn Zusammenlegungen. Aus zwei Standorten sei einer gemacht worden. Es gebe auch Standortverlagerungen. Im Flutgebiet habe es auch vorübergehende Schließungen nur für die Zeit der Renovierungen gegeben. Die Hintergründe seien sehr unterschiedlich. Er halte es für vernünftig, mit Ressourcen klug und effektiv umzugehen.

Die Frage sei, wie sich das auf die Sicherheit auswirke. Er habe vor langer Zeit auch mal eine Petition gegen die Schließung einer Wache unterschrieben, würde eine solche Petition aber jetzt nie wieder unterschreiben, weil er inzwischen wisse, dass der Standort einer Wache alleine noch gar nichts aussage. Das stelle ein wichtiges Kriterium dar, aber der neue Standort müsse kein Nachteil sein. Entscheidend sei, dass die Polizei schnell dort sei, wo sie hin müsse, und dass die Polizei sichtbar bleibe. Das sei vermutlich das Schwierigste angesichts der sich ständig ändernden Herausforderungen.

Er stimme der Kollegin zu, dass sicherlich in Zukunft auch mal darüber nachgedacht werden müsse, ob Erreichbarkeit und Sichtbarkeit nur auf der Straße und Auge in Auge gewährleistet werden könnten oder auch im Netz.

Nicht das Innenministerium entscheide darüber, sondern das müsse – das sei auch klug – vor Ort entschieden werden. Der Landrat oder der Polizeipräsident müssten die Verantwortung übernehmen, und die könnten es auch bewerten. Die müssten es nachher auch verantworten und prüfen, ob sich daraus Nachteile ergeben hätten oder nicht. Sonst schlage sich das in schlechteren Statistiken nieder.

18 Bombendrohungen gegen ein Einkaufszentrum in Remscheid (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/901

– keine Wortbeiträge

19 Geplante Änderung des Bundesdisziplingesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/900

Franziska Müller-Rech (FDP) fragt, wie lange das denn jetzt mit Blick auf die Erfahrungen aus der Praxis geprüft werden solle, also wann mit einem Ergebnis gerechnet werden könne, ob eine Überführung der Regelungen in nordrhein-westfälisches Recht sinnvoll sei oder nicht.

Minister Herbert Reul (IM) antwortet, spätestens in dem Moment, wenn man gefragt sei, sich eine Meinung zu bilden oder mit abzustimmen. Er sehe Nachbesserungsbedarf. Im Zusammenhang mit den Chatgruppen in Essen habe er die Erfahrung gemacht, dass da sehr sorgfältig hingeguckt werden müsse. Das müsse auch Wirkung haben. Eine Verschärfung eines Disziplinarrechts, die am Ende nicht viel ändere, könne man auch lassen. Im Moment sei man sich nicht sicher, ob diese bundesgesetzlichen Vorschläge wirklich die gewünschte Wirkung hätten. Deswegen warte man ab, bis alles vorliege. Dann werde man sich eine Meinung bilden. Entweder werde das dann übernommen oder vielleicht etwas Eigenes vorgelegt. Beides halte er für denkbar.

Franziska Müller-Rech (FDP) möchte wissen, ob der Minister Probleme mit dem Rechtsschutz sehe und auch mit Blick auf das Rechtsverständnis. Es gebe ja gute Gründe, warum die Gerichte bisher so entschieden hätten, wie sie entschieden hätten.

Minister Herbert Reul (IM) sieht Handlungsbedarf, weil beim geltenden Disziplinarrecht manchmal Menschen im öffentlichen Dienst blieben, die seines Erachtens nicht dort hingehörten. Dann stelle sich die Frage, ob das Disziplinarrecht nachgeschärft werden müsse. Rechtsextremisten oder Kinderschänder im öffentlichen Dienst halte er für ein Problem. Aber das sage er als Nichtjurist. Er habe gelernt, das sei sehr schwierig, das hinzukriegen, und vielleicht gehe es auch gar nicht. Er meine aber, dass es sich lohne, darüber nachzudenken.

20 Gewalttätige Eskalationen von Fußballhooligans vor dem Revierderby FC Schalke 04 gegen Borussia Dortmund am 11.03.2023 *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/898

Markus Wagner (AfD) interessiert, ob im Zuge dieser Auseinandersetzung auch normale Fans in Mitleidenschaft gezogen worden seien.

Außerdem habe er die Frage, ob möglicherweise auch unterschiedliche politische Standpunkte der Fangruppen zu weiteren Eskalationsstufen führten.

Es seien nicht nur Hooligans verletzt worden, sondern auch unbeteiligte Schalker Fans und der Busfahrer, so **Minister Herbert Reul (IM)**. Das halte er auch für eine Ungeheuerlichkeit. Zahlen könne er nicht nennen.

Zur zweiten Frage könnte er nur Vermutungen anstellen, weil er es nicht wisse.

22 Täter festgenommen nach Geldautomatensprengung *(Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6])*

Minister Herbert Reul (IM) berichtet:

Es geht um den Fall vom 1. Februar, bei dem drei Täter nach der Sprengung eines Geldautomaten in Kierspe gefasst worden sind. Das ist also eine erfolgreiche Geschichte.

Wie Sie wissen, ist Nordrhein-Westfalen stark von diesen Automatensprengungen betroffen. Das sind vollkommen rücksichtslose Täter, die Schäden für Leib und Leben in Kauf nehmen. Der Anteil von Taten in NRW an der Gesamtzahl der Delikte im Bundesgebiet ist Gott sei Dank rückläufig, aber trotzdem noch zu hoch. In anderen Bundesländern nimmt das tendenziell zu, bei uns nimmt es tendenziell ab. Aber das spricht nur dafür, dass unsere Maßnahmen – hoffentlich – Wirkung zeigen. Die Festnahmen im Einsatz Kierspe bestätigen das. Ich möchte ausdrücklich in diesem Zusammenhang die Sonderkommission BEGAS würdigen. Das hat sich gelohnt. Aber auch da darf man keine Wunder erwarten.

Es gab 2022 186 Sprengungen. In 70 Fällen scheiterten die Täter, machten also keine Beute. Das hat dann wieder etwas zu tun mit Technik oder mit Ausstattung oder dem Bankenthema. Aber wenn wir uns die Verteilung der Fälle auf die beiden Halbjahre anschauen, ist zu sehen: Seit Mai 2022 ist ordentlich etwas passiert. Im zweiten Halbjahr 2021 hatten wir 108 und im zweiten Halbjahr 2022 78 Fälle.

Dieses Jahr setzt sich der Trend fort. Allein im Februar sind neun Geldautomatensprenger festgenommen worden. In dieser Woche in der Nacht von Montag auf Dienstag haben wir in Duisburg zwei Automatensprenger wieder erwischt. Die kommen übrigens interessanterweise aus Duisburg selbst. Es handelt sich um einen 20-jährigen Deutschen, bei dem es einen Clanbezug gibt, und einen 22-jährigen Afghanen. Beide sitzen in U-Haft. Die anderen sieben aus Februar sind Niederländer. Sie sehen: Langsam machen wir Gelände gut, aber wir müssen da an einem Strang ziehen. Damit meine ich die Banken, die Niederländer und uns.

Modernisierung und Überprüfung von Standorten: Wir haben da unseren Teil gemacht. Wir haben eine Priorisierung vorgenommen. Welche Automaten sind besonders gefährdet?

Ich kann Ihnen mitteilen – das ist neu –, dass die Sonderkommission BEGAS, die am 31.3. ihre Arbeit beenden sollte, fortgesetzt wird. Denn da ist die Risikokarte mit den Geldautomaten entwickelt worden und auch die Verschiebung der kriminaltechnischen Arbeit in die 16 Kriminalhauptstellen des Landes, damit wir noch besser und noch präziser vor Ort ermitteln können.

Zunehmend wird auch in grenzüberschreitende Zusammenarbeit investiert. Ich hoffe, dass dieser Kriminalbereich wirklich jetzt eine Trendwende erfahren hat. Aber man muss natürlich abwarten.

In Kierspe erfolgte die Meldung der Sprengung am 1. Februar um 01:55 Uhr. Da gab es nur wenige Hinweise durch Zeugen. Ein Streifenwagen hat vor Ort direkt

überprüft, was passiert ist. Die Polizistinnen und Polizisten haben direkt den Gebäudeschaden gesehen. Das hat zwar nicht mehr gebrannt, aber das Gebäude war massiv beschädigt. Die Fassaden der umliegenden Häuser waren stark in Mitleidenschaft gezogen. Das ist ja ein Punkt, den wir zunehmend beobachten, dass nicht nur ein Automat getroffen wird, sondern das „Nebenwirkungen“ hat, die aber Hauptwirkungen werden können. Ich bin froh, dass in dem Fall keine Personen zu Schaden gekommen sind.

Sofort sind Fahndungsmaßnahmen eingeleitet worden. Dabei wurde das Fahrzeug der Täter durch die Polizistinnen und Polizisten wenige Minuten nach der Sprengung entdeckt und verfolgt. Der erste Versuch, das Fluchtfahrzeug zu stoppen, ist aber gescheitert. Ungefähr 20 Minuten später wurde das Fluchtfahrzeug dann erneut durch eine Streifenwagenbesatzung einer anderen Kreispolizeibehörde gesichtet. Das war übrigens ein absolut gelungenes Beispiel für behördenübergreifende Zusammenarbeit. Das ist auch nicht unwichtig, dass da nicht nur jeder auf seine eigene Kreispolizeibehörde schaut. Dann gab es die Verfolgungsjagd des Streifenwagens, bei der die Polizistinnen und Polizisten übrigens gezielt mit einem Laserpointer geblendet worden sind. Da werden wirklich alle Methoden eingesetzt. Dann sind die Täter in halsbrecherischer Fahrt durch ein Wohngebiet gefahren. Da kann man nur sagen: Gott sei Dank war Nacht. Dann haben sie auch noch Gegenstände aus dem Auto geworfen, um den Streifenwagen zu stören. Schließlich gelang es den Polizisten, das Fahrzeug in Odenthal-Osenau anzuhalten. Die drei Menschen sind dann aus dem Auto raus zu Fuß in ein angrenzendes Waldstück. Da hat der Polizeihubschrauber große Arbeit geleistet. Die Wärmebildkamera hat auch sehr geholfen. Dann konnten die Menschen festgenommen werden. Das zeigt – deswegen ist das Beispiel vielleicht gar nicht uninteressant –: Wenn alle zusammenwirken, aufmerksam sind und besonnen agieren, hat man auch Erfolge.

Es handelt sich um drei Männer aus den Niederlanden, die Mitte 20 sind. Am nächsten Tag wurden die dem Haftrichter vorgeführt und befinden sich seitdem in Untersuchungshaft.

Es wurden umfangreiche Spuren und Beweismaterial sichergestellt, um eventuelle Zusammenhänge zu anderen Taten zu prüfen. Diese Ermittlungen sind nicht abgeschlossen. Ich kann trotzdem schon sagen: Das war ein ordentlicher Erfolg, weil professionell gearbeitet worden ist und weil man sich auch aufeinander verlassen hat und sich gegenseitig informiert hat und weil wir natürlich durch diese Vorarbeit und das Kataster der Geldautomaten auch eine andere Sensibilität haben. Es wird einfach nachts auch stärker aufgepasst.

Trotzdem: Gegen diese Brutalität gibt es manchmal auch keine Mittel mehr. Das muss man zugeben. Insbesondere wenn die auf den Autobahnen unterwegs sind, wird es nicht nur gefährlich, sondern auch extrem schwierig. Deswegen ist die Zusammenarbeit mit den Niederländern wichtig.

Dr. Christos Katzidis (CDU) bittet Herrn Minister Reul, der Polizeiabteilung und den beteiligten Polizeikräften seinen Dank für ihre erfolgreiche Arbeit zu übermitteln.

Der Minister habe es angesprochen, so **Markus Wagner (AfD)**, und es sei auch in der Presse zu lesen gewesen, dass bei einer Geldautomatensprengung Clanbezüge festgestellt worden seien. In der Vergangenheit seien diese Bezüge mehr oder weniger ausgeschlossen worden und darauf hingewiesen worden, dass die Täter aus den Niederlanden kämen und marokkanischen Banden entstammten. Ihn interessiere, ob bei ungeklärten Fällen jetzt der Clanbezug stärker in den Fokus genommen werde oder das immer noch als Ausnahme bewertet werde.

Der Minister habe ausgeführt, dass die Zahl der Geldautomatensprengungen zwischen dem zweiten Halbjahr 2021 und dem zweiten Halbjahr 2022 zurückgegangen sei. Ihn interessiere, wie sich die Zahl der Geldautomaten zwischen dem zweiten Halbjahr 2021 und dem zweiten Halbjahr 2022 entwickelt habe.

Hartmut Ganzke (SPD) versteht, warum CDU und Grüne um den Bericht des Ministers gebeten hätten.

Für die Bürgerinnen und Bürger sei es nicht nachvollziehbar, dass das einzige, was der Staat oder auch die Kreditinstitute täten, darin bestehe, die Geldautomaten abzubauen. Er richte die Frage an den Minister, ob der Abbau von Geldautomaten nicht die Kapitulation des Rechtsstaates vor den kriminellen Banden bedeute.

Das Handelsblatt befasse sich heute auch mit der Frage, warum Banken Tausende Geldautomaten abbauten. Er zitiere:

„Überall in Deutschland fallen Geldausgabestellen weg. Die Institute reagieren auch auf kriminelle Banden, die Automaten sprengen. Die Regierung droht mit einem Gesetz.“

Minister Herbert Reul (IM) sieht darin keine Kapitulation und spricht sich für eine differenzierte Betrachtung aus.

In Nordrhein-Westfalen stünden 10.000 oder 11.000 der insgesamt 30.000 Automaten in Deutschland. Das sei eine extreme Dichte. Deswegen halte er es für klug, wenn die Banken überprüften, ob jeder dieser Standorte gebraucht werde, vor allen Dingen, wenn in einer Stadt drei oder vier Automaten von verschiedenen Instituten vorhanden seien. Es brauche intelligente Lösungen. Weniger Standorte bedeuteten weniger Gefahr.

Alle Automaten sollten aber natürlich nicht abgebaut werden, denn es handele sich um eine wichtige Dienstleistung. Meistens seien ja vorher auch die Filialen geschlossen worden.

Es gehe auch darum, Automaten sicherer zu machen, beispielsweise durch Vernebelungsanlagen. Ein Punkt seien auch die Öffnungszeiten. Nicht jeder Automat müsse 24 Stunden geöffnet sein. Zu bestimmten Uhrzeiten werde relativ selten Geld geholt. Wenn man in den Zeiten schließen würde, in denen die meisten Überfälle stattfänden, würde das Risiko auch minimiert. Keine Maßnahme alleine werde das Problem lösen.

Es lägen keine Zahlen dazu vor, wie viele Automaten in den letzten Jahren abgebaut worden seien. Das werde ja in der Regel nicht gemeldet.

Dieser eine erste Fall mit Clanbezug lasse nicht darauf schließen, ob es weitere Fälle mit Clanbezug geben werde oder nicht. Feststehe, dass die Mehrzahl der Fälle nach wie vor mit den niederländischen Banden zusammenhänge. Das sei einfach perfekt organisiert. Es sei ja auch bekannt, wie und wo die Autos gemietet würden. Das lasse sich systematisch nachvollziehen. Je mehr und je länger das thematisiert werde, umso mehr Trittbrettfahrer werde es aber auch geben, weil das einfacher sei als ein Raubüberfall. Dazu könnten dann auch Leute aus dem Clanmilieu gehören. Deswegen: Je früher man das Problem mit verschiedenen Maßnahmen in den Griff bekomme oder eindämme, umso besser.

Die Niederländer hätten das reduzieren können. Eine der größten Baustellen sei die Zusammenarbeit mit den Niederländern gewesen. Das sei einfach mühsam, weil da auch so oft die Zuständigkeiten gewechselt hätten. Aber da befinde man sich jetzt auf einem ordentlichen Weg, weil das elementar sei. Bei vielen Aktionen, die mit organisierter Kriminalität oder abgesprochener Kriminalität zu tun hätten, sei es elementar, vorher zu wissen, was los sei. Die frühzeitige Information sei immer zentral. Da könnte man noch mehr Informationen gebrauchen.

Dr. Christos Katzidis (CDU) hält Hartmut Ganzke entgegen, dass es sich auch um eine Kapitulation der Banken vor den Supermärkten handeln könnte, weil die ja auch Geld ausgaben.

Vorsitzende Angela Erwin bedankt sich für die zügige Abarbeitung der Tagesordnung im öffentlichen Teil.

(Es folgt ein vertraulicher Sitzungsteil; siehe vAPr 18/24.)

gez. Angela Erwin
Vorsitzende

6 Anlagen

07.09.2023/18.09.2023



FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende des
Innenausschusses

Angela Erwin MdL
Platz des Landtags
40221 Düsseldorf

Marc Lürbke
Innenpolitischer Sprecher
FDP-Landtagsfraktion NRW

marc.luerbke@landtag.nrw.de
T: 02 11 | 884 4462
F: 02 11 | 884 3662

Düsseldorf, den 30. Januar 2023

Beantragung von Berichten für die Innenausschusssitzung am 09.02.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Ausschusssitzung am 09.02.2023 beantragen wir folgende schriftliche Berichte:

I. Wird NRW unter der schwarz-grünen Landesregierung auf dem linken Augen blind?

Anfang diesen Jahres wurde durch einen professionellen und deeskalierenden Einsatz der Polizei der besetzte Weiler Lützerath geräumt. Große Teile der Klimaschutzbewegung haben friedlich gegen diese Räumung demonstriert. Friedlicher und bunter Protest stellt ein Grundrecht dar und wird ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Von Extremisten geprägter, gewältigter Protest hingegen keinesfalls. Bei der Räumung kam es aus der Mitte des Protestgeschehens zu massiven Angriffen auf die Polizei mit Steinwürfen, Pyrotechnik, Molotowcocktails sowie weiteren Waffen und waffenähnlichen Gegenständen. Die FDP-Landtagsfraktion hat u. a. mit einem von ihr eingebrachten und am 24.11.2022 im Landtag debattierten Antrag immer wieder vor der Unterwanderung der Klimaschutzbewegung durch linksextremistische Gruppen gewarnt. Auch der Verfassungsschutz des Landes NRW stellt fest, dass Linksextreme den Protest unterwandert hätten.¹ Die Landesregierung und ein Teil der Klimaschutzbewegung hat sich zwar von der Gewalt gegen Einsatzkräfte distanziert, jedoch nicht eindeutig von linksradikalen Gruppen sowie der deren Einfluss auf die Bewegung.² Das wirft Fragen auf. NRW muss entschlossen gegen jede Form des Extremismus in unserem Bundesland vorgehen.

¹ SZ Online: „Hat die Klimabewegung ein Problem mit Extremismus“, abgerufen unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/luetzerath-klimaaktivisten-fridays-for-future-linksextremisten-verfassungsschutz-1.5737526?reduced=true>.

² Stern Online: „Lützerath: Wüst und Neubaur loben friedliche Demonstranten“, abgerufen unter: <https://www.stern.de/gesellschaft/regional/nordrhein-westfalen/regierung--luetzerath--wuest-und-neubaur-loben-friedliche-demonstranten--33133002.html>.



Nach der Räumung sind zudem weiterhin Angehörige der Protestszene in den Dörfern rund um den Tagebau Garzweiler II verblieben. Sie haben sich in Zelten auf einem Bolzplatz im Nachbarort Keyenberg niedergelassen. Sie ziehen damit nach Medienberichten auch den Unmut der Anwohner auf sich. Bewohner der geretteten Dörfer bei Lützerath fühlen sich von Linksradiakalen gekapert.³ Die Klimaschutzbewegung hinterlasse zudem viel Müll und beschmiere die verbliebenen Gebäude mit Graffiti, was aus diversen Beschwerdebriefen der Anwohner hervorgehe. Auch nach der Räumung des Weilers Lützerath sei es Medienberichten zufolge zudem zu weiteren mutmaßlich linksextremistisch beeinflussten Störaktionen und Sachbeschädigungen im Rheinischen Braunkohlerevier um Lützerath gekommen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir das Ministerium um einen Bericht, in dem insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden soll:

1. Welche linksextremen oder linksextrem beeinflussten Gruppen haben sich in Lützerath bislang am Protest beteiligt?
2. Wie viele Straftaten wurden sowohl im Zusammenhang mit der Räumung in Lützerath als auch in der Folge mit Blick auf mutmaßliche Bezüge zur Klimaschutzbewegung sowie der dort agierenden linksradikalen Gruppen registriert? (bitte möglichst genau aufschlüsseln)
3. Rechnet die Landesregierung in diesem Zusammenhang mit weiteren Störaktionen und Straftaten?
4. Was unternimmt die Landesregierung konkret gegen den Einfluss linksradikaler Gruppen auf Klimaproteste und gegen die fortschreitende Entgrenzung?
5. Nimmt die Landesregierung die aktuellen Entwicklungen zum Anlass den Verfassungsschutz in NRW materiell und personell besser im Kampf gegen Linksextremismus auszustatten?

II. NRW vor der Wahl in der Türkei: Hass und Hetze umgehend einen Riegel vorschieben!

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat Medienberichten zufolge angesichts der im Mai anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei vor drohenden Konflikten mit Blick auf türkische Nationalisten und Rechtsextremisten auch in Deutschland gewarnt. So stehe eine weitere Zuspitzung des Werbens um womöglich entscheidende Wähler in Deutschland zu befürchten. NRW steht hier aufgrund des hohen Anteils türkischstämmiger Wähler besonders im Fokus. Ein Abgeordneter der türkischen Regierungspartei AKP trat jüngst in einer Moschee im rheinischen Neuss auf und verbreitete Hasstiraden. Offenbar gehen Abgeordnete der türkischen AKP in Moschen in NRW im aktuellen Wahlkampf derzeit ein und

³ Zeit Online: „Feindliche Übernahme im Revier“, abgerufen unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-01/luetzerath-raeumung-herbert-reul-klimaaktivisten-extremismus>.



aus: „Es ist ein Beispiel von vielen, in denen Abgeordnete der AKP oder der MHP in Deutschland. Der AKP-Abgeordnete A. besuchte am Tag seiner Hass-Rede in Neuss auch Ditib-Einrichtungen in Frechen und Aachen. Ein Foto zeigt, wie er in Aachen einen "Brief und Grüße" übergibt - von Präsident Erdogan.“⁴ In der Moschee in Neuss, die zum Netzwerk der türkisch-rechtsextremen „Grauen Wölfe“ gehört, forderte der AKP-Mann M. A., dabei gleich zwei Bevölkerungsgruppen zu vernichten: Kurden, die der PKK angehören. Und Anhänger der muslimischen Gülen-Bewegung, die von Präsident Recep Tayyip Erdogan bezichtigt wird, 2016 den Putschversuch gegen seine Regierung initiiert zu haben: „Genauso wie wir ihnen kein Lebensrecht in der Türkei geben, werden wir es ihnen auch in Deutschland nicht geben“.⁵

Das erfüllt die FDP Landtagsfraktion NRW mit großer Sorge. Es gilt vor diesem Hintergrund unsere Grenzen des demokratischen Miteinanders in NRW unmissverständlich klar zu machen, anstatt Hass und Hetze der AKP ungehindert Bühnen in NRW zu bieten. Mit Blick auf den andauernden Wahlkampf bis zum 14. Mai 2023 sind zudem weitere Versuche zu erwarten, die in NRW lebenden Wähler aufzuhetzen. Medienberichten zufolge haben nach Veranstaltungen in Neuss und Dortmund z.B. am Sonntag, 22. Januar 2023 Vertreter der „Grauen Wölfe“ eine Veranstaltung in der „Güney Event Center“-Halle in Köln-Rodenkirchen abgehalten. Nach Medienberichten wurde dort offen u. a. auch der „Wolfsgruß“, das Begrüßungs- und Erkennungszeichen der Türkisch-Rechtsextremen, gezeigt.

Vor diesem Hintergrund bitten wir das Ministerium um einen Bericht, in dem insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden soll:

1. Was unternimmt die Landesregierung, um jegliche Form von Hass und Hetze in NRW im Vorfeld der Türkeiwahl konsequent zu unterbinden?
2. Was unternimmt die Landesregierung konkret im Kampf gegen die türkisch-rechtsextreme Gruppierung „Graue Wölfe“ und deren Einfluss auf den Wahlkampf?
3. Wie gedenkt die Landesregierung mit Wahlkampfauftritten türkischer Politiker und Akteuren in NRW umzugehen?
4. Wie gestaltet sich in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit den, insbesondere von der DITIB geführten Moscheen in NRW?
5. Wie können Angehörige der kurdischen Gemeinde sowie weiterer Gruppen, welche im Fokus der türkischen Regierung stehen, in NRW effektiv vor Gewalt und Hass geschützt werden?

⁴ Neue Westfälische: „Hassrede in deutscher Moschee: Wie Erdogan Wahlkampf in NRW betreibt“, abgerufen unter: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23461566_Hassrede-in-deutscher-Moschee-Wie-Erdogan-Wahlkampf-in-NRW-betreibt.html.

⁵ WeLT: „Türkische Extremisten hetzen hierzulande – und daran müssen wir uns gewöhnen“, abgerufen unter: <https://www.welt.de/regionales/nrw/article243400919/Zuwanderung-Tuerkische-Extremisten-hetzen-hierzulande-und-daran-muessen-wir-uns-gewoennen.html>.

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Mit freundlichen Grüßen



Marc Lürbke MdL




SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (MdB)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (MdB)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de



30.01.2023

Beantragung weiterer schriftlicher Berichte für die Sitzung des Innenausschusses am 09.02.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 09.02.2023 folgende schriftliche Berichte:

1. Neue Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem Terrorverdacht in Castrop Rauxel

In der Nacht zum 08.01.2023 wurden in Castrop-Rauxel zwei iranische Männer im Alter von 32 und 25 Jahren festgenommen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie einen islamistischen Anschlag mit einer chemischen Bombe vorbereitet haben sollen.

Wir bitten um einen aktualisierten schriftlichen Sachstandsbericht zu den Ermittlungen.

2. Tatvorwürfe und Strafverfahren in NRW im Zusammenhang mit dem mutmaßlichen Täter der Messerattacke in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg

Am 25.01.2023 kam es zu einer schweren Messerattacke in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg, bei dem ein Mann zwei Menschen getötet und mehrere weitere Menschen verletzt hat. Nach Medienberichten hatte der mutmaßliche Täter während der Fahrt auf mehrere Fahrgäste scheinbar wahllos eingestochen. Bei dem Täter soll es sich den Angaben zufolge um einen 33 Jahre alten staatenlosen Palästinenser handeln. Bei den getöteten Opfern soll es sich um eine 17-jährige Jugendliche und um einen 19-jährigen jungen Mann handeln. Insgesamt fünf Menschen sollen verletzt worden sein, darunter zwei so schwer, dass sie im Krankenhaus operiert werden mussten.

Nach den Medienberichten war der über mehrere Jahre in Euskirchen gemeldete mutmaßliche Täter für Polizei und Justiz kein Unbekannter. In der Vergangenheit sei er bereits zwölfmal straffällig geworden. Zahlreiche in den Jahren von 2015 bis 2020 begangene Taten sollen dabei in Nordrhein-Westfalen stattgefunden haben.

Nach den Berichten wurde gegen den mutmaßlichen Täter im Jahr 2015 wegen Diebstahls in Euskirchen und Missbrauchs von Scheckkarten in Bonn ermittelt. 2016 erfolgte ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung in Euskirchen und Bad Münstereifel sowie wegen Ladendiebstahls in Euskirchen. In diesem Zusammenhang soll er unter anderem einem Widersacher mit einem Messer ins Gesicht geschnitten haben. Hierfür sei er zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt worden.

Im Jahr 2018 sei gegen den mutmaßlichen Täter erneut wegen Körperverletzung in Köln und 2019 wegen sexueller Nötigung in Euskirchen ermittelt worden. 2020 sei gegen ihn wegen Sachbeschädigung in Euskirchen, Körperverletzung in Bonn und zweifacher Körperverletzung und Bedrohung in Euskirchen ermittelt worden. Laut Medienberichten sollen darüber hinaus zahlreiche weitere Verfahren wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Diebstahl und aufgrund weiterer gewaltsamer Attacken mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt worden sein.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zu sämtlichen Tatvorwürfen und Strafverfahren gegen den Täter in Nordrhein-Westfalen. Dabei bitten wir insbesondere um Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Erkenntnisse liegen über den mutmaßlichen Täter in Nordrhein-Westfalen vor?
- Wann und wo verübte er welche Straftaten?
- Wann und wo wurde er zur Rechenschaft gezogen?

3. Ausschreitungen in nordrhein-westfälischen Städten in der Silvesternacht 2022/2023

In zahlreichen nordrhein-westfälischen Städten ist es in der Silvesternacht 2022/2023 zu schweren Krawallen, Gewaltexzessen und zu brutalen Angriffen auf Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte gekommen. Wir bitten um einen aktualisierten schriftlichen Sachstandsbericht zu den Ermittlungen und in diesem Zusammenhang insbesondere um Beantwortung der Frage, wie viele Personen mittlerweile als mutmaßliche Täter identifiziert werden konnten, wie viele Strafverfahren zwischenzeitlich eingeleitet wurden und welche weiteren Maßnahmen von der Landesregierung zwischenzeitlich eingeleitet wurden, um Gewaltausbrüche wie am Silvesterabend und insbesondere auch Angriffe auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften zu bekämpfen.

4. Amokalarm an einer Schule in Gelsenkirchen

Innerhalb einer Woche gab es nach Presseberichten an einer Schule in Gelsenkirchen-Bismarck zweimal eine Amok-Drohung. Die erste Drohung traf demnach per E-Mail am 18. Januar 2023 ein und führte zu einem Großeinsatz der Polizei. Am Morgen des 20.01.2023 soll in einer weiteren Mail eine Amok-Drohung in der Schule eingegangen sein. Die Polizei sei mit einem Großaufgebot vor Ort gewesen, die Schule habe sich nach den Drohungen jeweils im Ausnahmezustand befunden. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln seitdem in beiden Fällen. Nach den Presseberichten soll ein 24-jähriger Mann als Verdächtiger zwischenzeitlich festgenommen worden sein. Der Verdächtige habe die Tat jedoch bestritten und bei einer Durchsuchung seiner Wohnung seien zunächst keine gefährlichen Gegenstände gefunden worden. Die Polizei werte derzeit Datenträger aus, die in der Wohnung des Mannes gesichert werden konnten.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Sachstandsbericht zu diesem Vorgang.

5. Hetze durch Erdogan-Anhänger in NRW im Zusammenhang mit dem türkischen Wahlkampf

Am 13.01.2023 soll es nach Presseberichten im Zusammenhang mit dem aktuellen türkischen Wahlkampf zu einer Hetzrede des AKP-Abgeordneten M.A. in Neuss gekommen sein. Demnach hatte er dazu aufgerufen, dass man weltweit Jagd auf Gülen- und PKK-Anhänger machen und sie vernichten werde. Die Rede hielt er nach den Berichten in der Neusser „Yunus-Emre-Moschee“, die dem Umfeld der rechtsextremistischen „Grauen Wölfe“ zugerechnet werde.

Laut den Presseberichten sollen unter anderem folgende Zitate gefallen sein:

„Genauso wie wir ihnen kein Lebensrecht in der Türkei geben, werden wir ihnen es auch in Deutschland nicht geben. Egal wohin sie in der Welt flüchten, wir werden die PKK- und Fetö-Terroranhänger vernichten“

„Mit Allahs Erlaubnis werden wir sie überall auf der Welt aus den Löchern, in die sie sich verkrochen haben, herausziehen und vernichten. Darauf könnt ihr euch verlassen“

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zu diesem Vorfall und bitten insbesondere um Beantwortung folgender Fragen:

- Gibt es über den in der Presse bekannt gewordenen Vorfall hinaus weitere Vorfälle in Nordrhein-Westfalen, bei denen im Rahmen des aktuellen türkischen Wahlkampfs Anhänger des türkischen Präsidenten Erdogan durch Hetze gegen andere Gruppen aufgefallen sind bzw. bei denen zu Gewalttaten oder zu anderweitigem strafbaren Verhalten aufgerufen wurde?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Vorfälle wie am 13.01.2023 in Neuss zukünftig zu unterbinden?
- Wie beurteilt die Landesregierung aktuell die Aktivität der „Grauen Wölfe“ in Nordrhein-Westfalen und welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Bekämpfung ihrer Aktivitäten?

6. Aktueller Sachstand im Zusammenhang mit dem Tod eines 16-jährigen Jugendlichen bei einem Polizeieinsatz in Dortmund am 08.08.2022

Am 08.08.2022 kam es in Dortmund im Rahmen eines Polizeieinsatzes zum Tod eines 16-jährigen Jugendlichen. Die Staatsanwaltschaft hatte angekündigt, dass in Kürze mit einem Ergebnis der Ermittlungen zu rechnen sei. Wir bitten diesbezüglich um einen aktualisierten schriftlichen Sachstandsbericht.

7. Verdacht auf jahrelange Freiheitsberaubung eines achtjährigen Mädchens in Attendorn

Im Nachgang zur Berichterstattung im Innenausschuss am 15.12.2022 bitten wir um schriftliche Beantwortung weiterer Fragen:

Nach den bisher öffentlich bekannt gewordenen Informationen erhielt die Kreispolizeibehörde in Olpe am 15.10.2021 seitens des Jugendamtes Kenntnis von einem Verdacht auf Freiheitsberaubung eines kleinen Kindes. In diesem Zusammenhang gab es demnach sogar eine Nachfrage des Jugendamtes nach einer Hausdurchsuchung. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Warum handelte die Polizei bei einem solchen schwerwiegenden Verdacht ein Jahr lang nicht, bzw. konkreter: Warum wurden nicht bereits am 15.10.2021 eine Strafanzeige gefertigt oder eine anderweitige schriftliche Fixierung des Sachverhaltes (z.B. Bericht) vorgenommen sowie weitere Maßnahmen - z.B. Nachgehen des Verdachts einer schweren Rechtsverletzung bei einem Kind, Nachfragen beim Jugendamt oder andere Maßnahmen zum Gewinn weiterer Erkenntnisse - durchgeführt?
- Welche polizeilichen Maßnahmen oder polizeiliches Personal sind derzeit „Gegenstand“ staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen und welche Teile polizeilicher Maßnahmen oder Nicht-Maßnahmen unterliegen der Geheimhaltung?
- Besteht weiterhin die Auffassung, das Jugendamt müsse eigenständige Ermittlungen durchführen, um sich dann erneut an die Polizei wenden zu können oder sollten nicht eher polizeiliche Ermittlungen starten, aus deren Ergebnissen sich weitere Anhaltspunkte weiterer Maßnahmen ergeben könnten ?
- Welche Prüfung des Sachverhaltes und des polizeilichen Handelns wurde durch das Innenministerium veranlasst, welche Ergebnisse ergab dies und welche Maßnahmen wurde durch das Innenministerium veranlasst, um die Kooperation zwischen Jugendamt und Polizei zu verbessern?
- Sind durch das Innenministerium Lehren aus dem polizeilichen Verhalten in Form von Erlass, Ausbildungsanweisungen, Sensibilisierungen oder ähnlichem gezogen worden?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Christina Kampmann', written on a light blue rectangular background.

Christina Kampmann



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (MdL)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (MdL)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

16.02.2023

Beantragung schriftlicher Berichte für die Sitzung des Innenausschusses am 02.03.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 02.03.2023 folgende schriftliche Berichte:

1. Sprunghafter Anstieg der Drogenkriminalität in Nordrhein-Westfalen

Nach dem Lagebild Rauschgiftkriminalität 2021 des Landeskriminalamts ist sowohl die Zahl der Drogendelikte als auch die der Drogentoten in Nordrhein-Westfalen sprunghaft in die Höhe geschneilt. Die Zahl der Rauschgiftdelikte nahm demnach im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr um fast zehn Prozent auf 74.600 Taten zu. Die bekannt gewordenen Fälle von Drogenhandel und -schmuggel stiegen um fast 25 Prozent. Bei der Beschaffungskriminalität wurde ein Plus von mehr als 20 Prozent registriert. Der Anteil der Rauschgiftkriminalität an der Gesamtkriminalität stieg auf 6,2 Prozent. Auf dem Vormarsch sind nach dem Lagebild die sogenannten neuen psychoaktiven Stoffe, also synthetisch hergestellte chemische Drogen. Wurden 2017 nur 29 Fälle in dieser Kategorie aufgeführt, waren es 2021 bereits 806 Straftaten. Rückläufig waren 2021 nach den veröffentlichten Zahlen nur die Anzahl der aufgefliegenen Drogenimporte und die Aufklärungsquote (- 0,6 Prozentpunkte).

Die Zahl der Drogentoten hat sich in Nordrhein-Westfalen demnach binnen vier Jahren mehr als verdreifacht. Mit einem Anstieg um 73 Prozent auf 693 Drogentote wurde nach dem Lagebild des LKA im Jahr 2021 der höchste Stand seit 30 Jahren erreicht. Bundesweit lag der Anstieg der Drogentoten in diesem Zeitraum bei 44 Prozent. Gemessen am Bevölkerungsanteil liegt die Zahl der Drogentoten in NRW somit inzwischen fast um das Doppelte über dem bundesweiten Niveau.

Wir bitten die Landesregierung um einen umfassenden schriftlichen Bericht zum Anstieg der Drogenkriminalität in Nordrhein-Westfalen. In diesem Zusammenhang bitten wir insbesondere um Beantwortung folgender Fragen:

- Was sind die Gründe für den immensen Anstieg von Drogenkriminalität und Anzahl der Drogentoten in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren?
- Aus welchen Gründen liegen die Zahlen bei den Drogentoten in Nordrhein-Westfalen in einem so hohen Maße über den entsprechenden Zahlen für die gesamte Bundesrepublik und wo steht Nordrhein-Westfalen aktuell bei der Entwicklung der Drogenkriminalität im bundesweiten Vergleich?
- Welche aktuellen Erkenntnisse gibt es zur Dunkelziffer bei der Drogenkriminalität in Nordrhein-Westfalen?
- Welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher zur Bekämpfung der Drogenkriminalität eingeleitet und welche weiteren Maßnahmen wird sie angesichts des Anstiegs der Drogenkriminalität einleiten?
- Welche weiteren Maßnahmen wird die Landesregierung insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Bereich der Drogenkriminalität einleiten?

2. Anstieg von Straftaten die in Nordrhein-Westfalen durch Kinder begangen wurden

Nach Presseberichten, die sich auf Angaben des Landeskriminalamts berufen, ist der Anteil von Straf- und Gewalttaten durch strafunmündige Kinder - also durch Personen unter 14 Jahren - in Nordrhein-Westfalen deutlich angestiegen. In den ersten drei Quartalen 2022 sind demnach landesweit insgesamt 13.191 Straf- und Gewalttaten ermittelt worden, in denen die Tatverdächtigen ausschließlich Kinder waren. Das sind demnach 4.919 Fälle oder fast 60 Prozent mehr als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 2021. Auch im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vor-Corona-Jahres 2019 sei ein deutlicher Anstieg um 2.481 Fälle bzw. 23 Prozent zu verzeichnen gewesen.

Unter den in den ersten drei Quartalen 2022 ermittelten Gewalttaten seien dabei nach den Presseangaben in 138 Fällen Messer als Tatwaffe eingesetzt worden (2021: 96 Fälle).

Wir bitten die Landesregierung diesbezüglich um einen umfassenden schriftlichen Bericht und insbesondere um Beantwortung folgender Fragen:

- Gibt es zwischenzeitlich auch Zahlen über die Entwicklung der Straf- und Gewalttaten durch strafunmündige Kinder in Nordrhein-Westfalen im Gesamtjahr 2022 bzw. im vierten Quartal 2022?
- Was sind Gründe für den Anstieg der Fallzahlen, insbesondere auch im Vergleich zum Vor-Corona Jahr 2019?
- Welche Erkenntnisse gibt es zu den Täterinnen und Tätern und in wie vielen Fällen handelt es sich hier um Kinder- und Jugendbanden und in wie vielen Fällen um einzelne Täterinnen und Täter?
- Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung vor dem Hintergrund des Anstiegs der Fallzahlen bei Straf- und Gewalttaten durch strafunmündige Kinder?

3. Evaluierung des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes

In einem am 01.02.2023 veröffentlichten Beschluss hat das Bundesverfassungsgericht das Polizeigesetz in Mecklenburg-Vorpommern als teilweise verfassungswidrig eingestuft. Demnach seien mehrere Vorschriften zu Überwachungsmaßnahmen in diesem Gesetz nicht verhältnismäßig.

Wir bitten die Landesregierung vor diesem Hintergrund um eine Einschätzung, ob bzw. inwiefern die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts auch Auswirkungen auf die Rechtslage in Nordrhein-Westfalen bzw. auf das nordrhein-westfälische Polizeigesetz haben könnte.

Des Weiteren wurde in Artikel 3 im „Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen - Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen“ vom 13.12.2018 festgeschrieben, dass die Landesregierung dieses Gesetz bis zum 31. Dezember 2022 überprüft und dem Landtag hierüber Bericht erstattet.

Wir bitten die Landesregierung in diesem Zusammenhang um einen umfassenden Bericht zur Evaluierung des Gesetzes.

4. Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelungen zum Einsatz einer Datenanalyse-Software in den Polizeigesetzen von Hessen und Hamburg

Am 16.02.2023 wurde vom Bundesverfassungsgericht bekannt gegeben, dass die Regelungen zum Einsatz einer Datenanalyse-Software bei der Polizei in Hessen und Hamburg in ihrer derzeitigen Form verfassungswidrig sind und deshalb höhere Hürden und Abstufungen bei deren Anwendung erforderlich sind.

In Hessen, wo die Polizei schon seit 2017 mit der Software arbeitet, bekommt der Gesetzgeber bis spätestens Ende September Zeit, die entsprechende Vorschrift neu zu regeln. Bis dahin bleibt sie mit deutlichen Einschränkungen in Kraft. In Hamburg wird die Technik noch nicht genutzt, hier erklärte das Gericht die entsprechende Regelung für nichtig.

Auch in Nordrhein-Westfalen war am 27.04. 2022 eine Änderung des Polizeigesetzes in Kraft getreten, die eine Nutzung von Datenanalyse-Software ermöglicht. Gemäß § 23 Abs. 6 PolG NRW darf die Polizei seitdem „rechtmäßig gespeicherte personenbezogene Daten automatisiert zusammenführen“, diese mit weiteren personenbezogenen Daten abgleichen sowie die zusammengeführten Daten „aufbereiten und analysieren“. Voraussetzung dafür ist, dass dies für die „Verhütung oder vorbeugende Bekämpfung“ bestimmter Straftaten erforderlich oder zur Abwehr von Gefahren geboten ist.

Wir bitten die Landesregierung in einem schriftlichen Bericht um eine Einschätzung, inwiefern das Urteil auch Auswirkungen auf die Regelungen im nordrhein-westfälischen Polizeigesetz hat und um Mitteilung, welche Anpassungen sie ggfs. am nordrhein-westfälischen Polizeigesetz vornehmen wird.

5. Aktueller Sachstand im Zusammenhang mit dem Tod eines 16-jährigen Jugendlichen bei einem Polizeieinsatz in Dortmund am 08.08.2022

Am 08.08.2022 kam es in Dortmund im Rahmen eines Polizeieinsatzes zum Tod eines 16-jährigen Jugendlichen. Mit Verfügung vom 09.02.2023 wurde in diesem Zusammenhang zwischenzeitlich vor dem Landgericht Dortmund Anklage gegen fünf Polizisten und Polizistinnen erhoben. Der Polizist, der den 16-jährigen Jungen bei einem Einsatz in der Dortmunder Nordstadt erschossen hatte, wird demnach wegen Totschlags angeklagt. Zudem müssen sich zwei Polizistinnen und ein Polizist wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten. Der polizeiliche Einsatzleiter, der den Einsatz des Reizstoffsprüngeräts angeordnet hat, wird wegen Anstiftung zur gefährlichen Körperverletzung im Amt angeklagt.

Wir bitten um einen schriftlichen Sachstandsbericht zu den Hintergründen der Anklage.

6. Hackerangriffe auf Hochschulen in Nordrhein-Westfalen

Nach Medienberichten vom 01.02.2023 ist nach der Attacke auf die Universität Duisburg-Essen im vergangenen Jahr erneut eine Hochschule in Nordrhein-Westfalen Opfer eines Cyberangriffs geworden. Demnach wurden die IT-Systeme der Hochschule Ruhr West (HRW) mit Standorten in Mülheim an der Ruhr und Bottrop offenbar von Hackern angegriffen. Aus Sicherheitsgründen seien die Systeme der Hochschule deshalb vollständig vom Netz getrennt worden. Online-Prüfungen der Studierenden mussten abgesagt werden. Es seien bei dem Hackerangriff allerdings offenbar keine Daten geklaut worden.

Im Hinblick auf die Cyberattacke auf die Universität Duisburg-Essen wurde am 17.01.2023 vom SPIEGEL berichtet, dass Cyberkriminelle Daten der Universität im Darknet veröffentlicht haben sollen, um Lösegeld zu erpressen. Laut der Webseite „Bleeping Computer“ soll hier die Hacker-Gruppe „Vice Society“ hinter dem Angriff stehen.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zu den Cyberangriffen auf die Hochschulen. Dabei bitten wir insbesondere um Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Erkenntnisse gibt es über die Hintergründe des Angriffs auf die Hochschule Ruhr West, insbesondere im Hinblick auf mögliche Täter?

- Welche Auswirkungen hatte der Angriff auf die Hochschule Ruhr West im Einzelnen und welche Schäden sind verursacht worden?
- Welchen aktuellen Sachstand gibt es zu den Auswirkungen der Hackerangriffe auf die Universität Duisburg-Essen im vergangenen Jahr und welche Art von Daten wurde im Darknet veröffentlicht, um Lösegeld zu erpressen?
- Welche aktuellen Erkenntnisse gibt es zu den Tätern des Angriffs auf die Universität Duisburg-Essen, insbesondere zu der in der Presse erwähnten Hacker-Gruppe „Vice Society“?

7. Neubesetzung der vakanten Stellen für die Leitung der Polizeipräsidien in Oberhausen und in Gelsenkirchen

Bereits seit April 2022 ist die Stelle des Polizeipräsidenten bzw. der Polizeipräsidentin in Oberhausen vakant. Ebenso verhält es sich mit der Stelle des Polizeipräsidenten/der Polizeipräsidentin in Gelsenkirchen, die seit August 2022 vakant ist. Im Fall von Gelsenkirchen war die Stellenvakanz bereits seit April 2022 - also vor nunmehr rund zehn Monaten - vorherzusehen, weil die vorherige Polizeipräsidentin zur Dezernentin in Düsseldorf gewählt wurde.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Stand des Neubesetzungsverfahrens und um Auskunft, wann hier mit den entsprechenden Neubesetzungen zu rechnen ist.

8. Schließung von Polizeiwachen

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht, in dem aufgeführt wird wie viele und welche Polizeistandorte bzw. -wachen in Nordrhein-Westfalen seit 2015 geschlossen oder zusammengelegt wurden und aus welchen Gründen diese Maßnahmen jeweils erfolgten. Zudem bitten wir um Auskunft, an wie vielen und welchen Standorten die Öffnungszeiten reduziert wurden, so dass diese nicht mehr 24 Stunden am Tag besetzt sind.

9. Bombendrohungen gegen ein Einkaufszentrum in Remscheid

Am 15.02.2023 kam es zu Bombendrohungen gegen das Einkaufszentrum „Allee-Center“ in Remscheid. Demnach hatte ein unbekannter Mann in dem Center angerufen und angekündigt, er werde dort „etwas hinstellen“. Im Center wurde das als Bombendrohung aufgenommen, worauf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Polizei informierten. Gleichwohl war das Einkaufszentrum zunächst nach Presseberichten nicht geräumt worden, weil die Polizei nach Einschätzung der Gefährdungslage in Absprache mit dem Center-Management eine sofortige Räumung und Schließung nicht für erforderlich gehalten habe.

Nachdem gegen 17:45 Uhr ein zweiter Drohanruf einging seien die Verantwortlichen jedoch zu einer anderen Einschätzung gekommen und hatten die Räumung angeordnet. Einige hundert Kunden hielten sich nach Medienangaben zu diesem Zeitpunkt im Einkaufszentrum auf.

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht über den Vorfall und bitten diesbezüglich insbesondere um Auskunft, weshalb das Einkaufszentrum nicht bereits nach dem ersten Drohanruf geräumt wurde.

Mit freundlichen Grüßen



Christina Kampmann



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Frau
Angela Erwin (MdB)
Vorsitzende des Innenausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Christina Kampmann (MdB)

Innenpolitische Sprecherin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 – 884 2518
Christina.Kampmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

22.02.2023

Beantragung eines mündlichen Berichts für die Sitzung des Innenausschusses am 02.03.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Innenausschusses am 02.03.2023 folgenden mündlichen Bericht:

- **Verschlechterung der Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen - deutlicher Anstieg der Fallzahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik 2022**

Am 21.02.2023 gab Innenminister Reul die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2022 öffentlich bekannt. Mit rund 1,37 Millionen Delikten sind die Kriminalitätszahlen in Nordrhein-Westfalen demnach im vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahr 2021 um fast 14 Prozent gestiegen. Auch im Vergleich mit dem Vor-Corona-Jahr 2019 liegt nach den veröffentlichten Statistiken ein Anstieg der in Nordrhein-Westfalen erfassten Straftaten um rund 11 Prozent und damit eine deutliche Verschlechterung der Sicherheitslage vor.

Klare Zuwächse gibt es nach den bekannt gewordenen Zahlen zum Beispiel bei den Deliktsarten Diebstahl (Anstieg um rund 23 Prozent im Vergleich zum Jahr 2021 und zum Jahr 2019 um fast vier Prozent), Raub (Anstieg um rund 37 Prozent im Vergleich zum Jahr 2021 und zum Jahr 2019 um rund 11 Prozent), Körperverletzungen (Anstieg um 24 Prozent im Vergleich zum Jahr 2021 und zum Jahr 2019 um rund 18 Prozent) sowie Häusliche Gewalt (Anstieg um fast zehn Prozent im Vergleich zum Jahr 2021 und um rund 24 Prozent im Vergleich zum Jahr 2019).

Wir bitten die Landesregierung in einem mündlichen Bericht um Erläuterung der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik. Wir bitten in diesem Zusammenhang auch um Übersendung der vollständigen Statistik sowie um Beantwortung folgender Fragen:

- Was sind nach dem Kenntnisstand der Landesregierung die Gründe für den starken Anstieg der Fallzahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik 2022 vor allem auch im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019?
- Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dieser Verschlechterung der Sicherheitslage?
- Welche Gründe gibt es insbesondere für den enormen Anstieg bei Körperverletzungsdelikten vor allem auch im Vergleich zu den Jahren vor der Corona-Pandemie und welche Maßnahmen wird die Landesregierung dagegen einleiten?
- Welche Gründe gibt es für den starken Anstieg bei den Fällen Häuslicher Gewalt und welche Maßnahmen wird die Landesregierung dagegen einleiten?
- Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über das aktuelle „Dunkelfeld“ bei der Kriminalitätsentwicklung in Nordrhein-Westfalen?

Mit freundlichen Grüßen



Christina Kampmann



FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende des
Innenausschusses

Angela Erwin MdL
Platz des Landtags
40221 Düsseldorf

Marc Lürbke
Innenpolitischer Sprecher
FDP-Landtagsfraktion NRW

marc.luerbke@landtag.nrw.de

T: 02 11 | 884 4462

F: 02 11 | 884 3662

Düsseldorf, den 20. Februar 2023

Beantragung von Berichten für die Innenausschusssitzung am 02.03.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Ausschusssitzung am 02.03.2023 beantragen wir folgende schriftliche Berichte:

I. Geplante Änderung des Bundesdisziplingesetzes und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften

Mit der Vorstellung eines 10-Punkte-Aktionsplans gegen Rechtsextremismus¹ im März 2022 kündigte Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat, unter anderem Änderungen des Bundesdisziplingesetzes an. Zum Ende des Jahres 2022 legte das Bundesinnenministerium des Innern und für Heimat einen Referentenentwurf für ein „Gesetz zur Beschleunigung der Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften“ vor. Mit diesem Gesetz soll u. a. das Bundesdisziplingesetzes (BDG) geändert werden. Am 15. Februar 2023 hat die Bundesregierung den von Bundesinnenministerin Nancy Faeser vorgelegten Entwurf beschlossen.

Ziel des Gesetzentwurfs sei eine spürbare Beschleunigung der Disziplinarverfahren bei statusrelevanten Maßnahmen, die alle Dienstvergehen erfassen solle. Insbesondere soll es durch die Änderungen möglich sein, Extremistinnen und Extremisten durch die Etablierung umfassender Disziplinarbefugnisse der Disziplinarbehörden unter Ablösung der Disziplinarfrage schneller aus dem Dienst zu entfernen.

Medienberichten zufolge macht derzeit auch NRW-Innenminister Herbert Reul „Druck“ bei einer Beamtenreform: Volksverhetzung soll schneller Karrieren im öffentlichen Dienst beenden.² So schrieb die WAZ bereits im Dezember 2022: „Extremisten im Staatsdienst sollen leichter aus dem eigentlich lebenslang abgesicherten Beamtenverhältnis entlassen werden können. Dafür macht sich NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) stark.“

¹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2022/03/aktionsplan-rechtsextremismus.html>.

² WAZ: „Extremisten im Staatsdienst. Beamte sollen Schneller fliegen“, abgerufen unter: <https://www.waz.de/politik/landespolitik/extremisten-im-staatsdienst-beamte-sollen-schneller-fliegen-id237064531.html>



Vor diesem Hintergrund bitten wir das Ministerium um einen schriftlichen Bericht, in dem insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden soll:

1. Wie verhält sich die Landesregierung zu den geplanten gesetzlichen Änderungen der Bundesregierung bezüglich des Disziplinarrechts?
2. Plant die Landesregierung infolge der geplanten Änderungen auf Bundesebene eine Novellierung rechtlicher Vorgaben auf Landesebene?
3. Wenn ja, welche Änderungen beabsichtigt die Landesregierung vorzunehmen?

II. Gewalttätige Eskalationen von Fußballhooligans vor dem Revierderby FC Schalke 04 gegen Borussia Dortmund am 11.03.2023

Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fanlagern von Fußballvereinen aus dem Ruhrgebiet. Medienberichten zufolge scheinen sich derzeit im Vorfeld des Revierderbys FC Schalke 04 gegen Borussia Dortmund die Gewaltspirale rivalisierender Hooligans in NRW noch einmal deutlich zu verschärfen. So kam es am frühen Sonntagmorgen des 19.02.2023 in Gelsenkirchen zu einem organisierten Angriff von mindestens 100 gewaltbereiten Fußball-Hooligans auf Fans des Bundesligisten FC Schalke 04, mutmaßlich aus dem Umfeld von Rot-Weiß Essen und Borussia Dortmund. Als die beiden Gruppen aufeinandertrafen, kam es laut der Polizei Gelsenkirchen zu einer Massenschlägerei. Dabei sollen auch Baseballschläger sowie weitere Schlagwerkzeuge zum Einsatz gekommen sein. Mindestens vier Personen, unter ihnen ein Busfahrer des Schalker Fanbusses, sollen bei der Schlägerei schwer verletzt worden sein.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um einen schriftlichen Bericht, in dem insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden soll:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die sich offenbar verschärfende Gewaltspirale im Vorfeld des Revierderbys am 11.03.2023?
2. Welche genauen Erkenntnisse hat die Landesregierung zum gewalttätigen Vorfall am 19.02.2023? Wie ist der aktuelle Sachstand der Ermittlungen?
3. Welche konkreten Vorbereitungen trifft die Landesregierung um Gewalt rund um das Derby bestmöglich zu verhindern? (bitte möglichst detailliert beantworten und aufschlüsseln nach Anzahl eingesetzter Polizeibeamter, Anzahl Meldeauflagen, Gefährderansprachen, etc.)

Mit freundlichen Grüßen

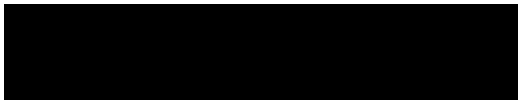
Marc Lürbke MdL



Landtag Nordrhein-Westfalen - Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf

An die
Vorsitzende des Innenausschusses
Frau Angela Erwin MdL

- im Hause -



Düsseldorf, den 23. Februar 2023

Berichtswunsch für die Sitzung des Innenausschusses am 2. März 2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die oben genannte Sitzung des Innenausschusses beantragen wir im Namen der Fraktionen der CDU und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Tagesordnungspunkt:

Täter festgenommen nach Geldautomatensprengung

Der Presse entnehmen wir, dass es nach der Sprengung eines Geldautomaten in Kierspe im Märkischen Kreis eine Verfolgungsjagd gegeben habe. Die mutmaßlichen Täter konnten im Rheinisch-Bergischen Kreis festgenommen werden.

Wir bitten die Landesregierung um einen mündlichen Bericht zu diesem Fall.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christos Katzidis MdL

Dr. Julia Höller MdL